

Familienkasse Direktion
RV 1 – 7606a

Durchführungsanweisung

Kinderzuschlag

Stand: Januar 2012

DA 106a Kinderzuschlag.....	3
DA 106a.0 Allgemeines	5
DA 106a.01 Anwendung der VO (EG) Nr. 883/2004.....	6
DA 106a.02 Keine Anwendung der zweiseitigen Abkommen über soziale Sicherheit.....	7
DA 106a.1 Kinderzuschlag für unverheiratete, im Haushalt des Berechtigten lebende Kinder, die noch nicht das 25. Lebensjahr vollendet haben	8
DA 106a.11 Berechtigte.....	12
DA 106a.12 Einkommensgrenzen	15
DA 106a.120 Zusammenspiel der Einkommensgrenzen	15
DA 106a.121 Mindesteinkommensgrenze.....	15
DA 106a.13 Höchsteinkommensgrenze	17
DA 106a.14 Vermeidung von Hilfebedürftigkeit.....	18
DA 106a.140 Allgemeines	18
DA 106a.141 Bedarfsgemeinschaft	29
DA 106a.142 Hilfebedürftigkeit	31
DA 106a.143 Wahlrecht bei Mehrbedarf	33
DA 106a.2 Kinderzuschlag und Gesamtkinderzuschlag.....	36
DA 106a.21 Kinderzuschlag	36
DA 106a.22 Gesamtkinderzuschlag	36
DA 106a.23 Bewilligungsabschnitt.....	36
DA 106a.24 Antragstellung	39
DA 106a.3 Minderung des Kinderzuschlags um das Einkommen und Vermögen des Kindes.....	41
DA 106a.31 Auf den Kinderzuschlag anzurechnendes Einkommen des Kindes	41
DA 106a.32 Auf den Kinderzuschlag anzurechnendes Vermögen des Kindes	42
DA 106a.33 Minderung des Kinderzuschlags.....	42
DA 106a.34 Vorrang anderer Leistungen	43
DA 106a.4 Berücksichtigung von Einkommen und Vermögen der Eltern, Bemessungsgrenze	45
DA 106a.40 Einkommen	46
DA 106a.41 Vermögen	47
DA 106a.42 Bemessungsgrenze	47
DA 106a.43 Ungeminderter Gesamtkinderzuschlag	54
DA 106a.44 Minderung des Gesamtkinderzuschlags.....	54
DA 106a.5 Erklärung, den Anspruch auf Kinderzuschlag nicht geltend	59
DA 106a.6 Erstattungsansprüche nach §§ 102 ff. SGB X	59
DA 106a.7 Rücknahme und Aufhebung von Verwaltungsakten, Erstattung überzahlten Kinderzuschlags.....	60
DA 106b Leistungen für Bildung und Teilhabe	61

DA 106a Kinderzuschlag

§ 6a BKG hat folgenden Wortlaut:

“(1) Personen erhalten nach diesem Gesetz für in ihrem Haushalt lebende unverheiratete Kinder, die noch nicht das 25. Lebensjahr vollendet haben, einen Kinderzuschlag, wenn

1. sie für diese Kinder nach diesem Gesetz oder nach dem X. Abschnitt des Einkommensteuergesetzes Anspruch auf Kindergeld oder Anspruch auf andere Leistungen im Sinne von § 4 haben,
2. sie mit Ausnahme des Wohngeldes und des Kindergeldes über Einkommen im Sinne des § 11 Abs. 1 Satz 1 des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch in Höhe von 900 Euro oder, wenn sie alleinerziehend sind, in Höhe von 600 Euro verfügen, wobei Beträge nach § 11b des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch nicht abzusetzen sind,
3. sie mit Ausnahme des Wohngeldes über Einkommen oder Vermögen im Sinne der §§ 11 bis 12 des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch verfügen, das höchstens dem nach Absatz 4 Satz 1 für sie maßgebenden Betrag zuzüglich dem Gesamtkinderzuschlag nach Absatz 2 entspricht, und
4. durch den Kinderzuschlag Hilfebedürftigkeit nach § 9 des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch vermieden wird. Bei der Prüfung, ob Hilfebedürftigkeit vermieden wird, bleiben die Bedarfe nach § 28 des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch außer Betracht. Das gleiche gilt für Mehrbedarfe nach den §§ 21 und 23 Nummer 2 bis 4 des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch, wenn kein Mitglied der Bedarfsgemeinschaft Leistungen nach dem Zweiten oder Zwölften Buch Sozialgesetzbuch beantragt hat oder erhält oder alle Mitglieder der Bedarfsgemeinschaft für den Zeitraum, für den Kinderzuschlag beantragt wird, auf die Inanspruchnahme von Leistungen nach dem Zweiten oder Zwölften Buch Sozialgesetzbuch verzichten. In diesem Fall ist § 46 Abs. 2 des Ersten Buches Sozialgesetzbuch nicht anzuwenden. Der Verzicht kann auch gegenüber der Familienkasse erklärt werden; diese unterrichtet den für den Wohnort des Berechtigten zuständigen Träger der Grundsicherung für Arbeitssuchende über den Verzicht.

(2) ¹Der Kinderzuschlag beträgt für jedes zu berücksichtigende Kind jeweils bis zu 140 Euro monatlich. ²Die Summe der Kinderzuschläge bildet den Gesamtkinderzuschlag. ³Er soll jeweils für sechs Monate bewilligt werden. ⁴Kinderzuschlag wird nicht für Zeiten vor der Antragstellung erbracht. ⁵§ 28 des Zehnten Buches Sozialgesetzbuch gilt mit der Maßgabe, dass der Antrag unverzüglich nach Ablauf des Monats, in dem die Ablehnung oder Erstattung der anderen Leistungen bindend geworden ist, nachzuholen ist.

(3) ¹Der Kinderzuschlag mindert sich um das nach den §§ 11 bis 12 des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch mit Ausnahme des Wohngeldes zu berücksichtigende Einkommen und Vermögen des Kindes. ²Hierbei bleibt das Kindergeld außer Betracht. ³Ein Anspruch auf Zahlung des Kinderzuschlags für ein Kind besteht nicht für Zeiträume, in denen zumutbare Anstrengungen unterlassen wurden, Einkommen des Kindes zu erzielen.

(4) ¹Der Kinderzuschlag wird, soweit die Voraussetzungen des Absatzes 3 nicht vorliegen, in voller Höhe gewährt, wenn das nach den §§ 11 bis 12 des Zweiten

Buches Sozialgesetzbuch mit Ausnahme des Wohngeldes zu berücksichtigende elterliche Einkommen oder Vermögen einen Betrag in Höhe der bei der Berechnung des Arbeitslosengeldes II oder des Sozialgeldes zu berücksichtigenden elterlichen Bedarfe nicht übersteigt. ²Dazu sind die Bedarfe für Unterkunft und Heizung in dem Verhältnis aufzuteilen, das sich aus den im jeweils letzten Bericht der Bundesregierung über das Existenzminimum von Familien und Kindern festgestellten entsprechenden Bedarfen für Alleinstehende, Ehepaare und Kinder ergibt. ³Der Kinderzuschlag wird außer in den in Absatz 3 genannten Fällen auch dann stufenweise gemindert, wenn das nach den §§ 11 bis 12 des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch mit Ausnahme des Wohngeldes zu berücksichtigende elterliche Einkommen oder Vermögen den in Satz 1 genannten jeweils maßgebenden Betrag übersteigt. ⁴Als elterliches Einkommen oder Vermögen gilt dabei dasjenige des mit dem Kind im gemeinsamen Haushalt lebenden allein erziehenden Elternteils, Ehepaares oder als eingetragene Lebenspartner oder in einer eheähnlichen Gemeinschaft zusammenlebenden Paares. ⁵Soweit das zu berücksichtigende elterliche Einkommen nicht nur aus Erwerbseinkünften besteht, ist davon auszugehen, dass die Überschreitung des in Satz 1 genannten jeweils maßgebenden Betrages durch die Erwerbseinkünfte verursacht wird, wenn nicht die Summe der anderen Einkommensteile oder des Vermögens für sich genommen diesen maßgebenden Betrag übersteigt. ⁶Für je 10 Euro, um die die monatlichen Erwerbseinkünfte den maßgebenden Betrag übersteigen, wird der Kinderzuschlag um 5 Euro monatlich gemindert. ⁷Anderes Einkommen sowie Vermögen mindern den Kinderzuschlag in voller Höhe. ⁸Kommt die Minderung des für mehrere Kinder zu zahlenden Kinderzuschlags in Betracht, wird sie beim Gesamtkinderzuschlag vorgenommen.

(5) ¹Ein Anspruch auf Kinderzuschlag entfällt, wenn der Berechtigte erklärt, ihn für einen bestimmten Zeitraum wegen eines damit verbundenen Verlustes von anderen höheren Ansprüchen nicht geltend machen zu wollen. ²In diesen Fällen unterrichtet die Familienkasse den für den Wohnort des Berechtigten zuständigen Träger der Grundsicherung für Arbeitsuchende über die Erklärung. ³Die Erklärung nach Satz 1 kann mit Wirkung für die Zukunft widerrufen werden.“

DA 106a.0 Allgemeines

(1) ¹Den Kinderzuschlag sollen Eltern erhalten, die den Bedarf der gesamten Familie durch eigene Einkünfte oder eigenes Vermögen nicht sicherstellen können. ²Der Kinderzuschlag deckt zusammen mit dem Kindergeld und dem auf Kinder entfallenden Wohngeldanteil den durchschnittlichen Bedarf von Kindern in Höhe der Leistungen nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (SGB II). ³Damit kann bei nach § 6a BKGG anspruchsberechtigten Familien durch die Zahlung des Kinderzuschlags regelmäßig Hilfebedürftigkeit nach dem SGB II vermieden werden. ⁴Ist dies wegen besonderer Umstände nicht der Fall, wird grundsätzlich kein Kinderzuschlag gezahlt, sondern die betreffende Familie erhält Leistungen der Grundsicherung für Arbeitssuchende nach dem SGB II.

⁵Soweit Hilfebedürftigkeit nicht vermieden wird, weil Mitgliedern der Bedarfsgemeinschaft erhöhte Leistungen für Mehrbedarfe beim Lebensunterhalt zustehen und der Bedarf der Bedarfsgemeinschaft höchstens im Umfang der Mehrbedarfe nicht gedeckt ist, besteht ein Wahlrecht zwischen der Inanspruchnahme von Kinderzuschlag und Leistungen der Grundsicherung nach dem SGB II.

⁶Der gegenseitige Ausschluss vermeidet grundsätzlich, dass die betreffenden Eltern gleichzeitig Arbeitslosengeld II (Alg II) und Kinderzuschlag beantragen müssen. ⁷Kinderzuschlag wird auch dann nicht gezahlt, wenn die Eltern ohne Kinderzuschlag nicht hilfebedürftig im Sinne des SGB II sind.

(2) ¹Die Mindesteinkommensgrenze von 600,00 Euro für Alleinerziehende und 900,00 Euro für Paare dient einerseits dem Zweck, dass Eltern einfacher erkennen können, ob für sie der Kinderzuschlag in Betracht kommt und andererseits dem Ziel, dass Eltern, die einen erheblichen Beitrag zur Deckung ihres Lebensunterhalts leisten und mit dem Kinderzuschlag, dem Kindergeld und dem Wohngeld den Gesamtbedarf der Bedarfsgemeinschaft decken können, den Kinderzuschlag erhalten können. ²Mit der Abschmelzrate für Einkommen aus Erwerbstätigkeit von 50 Prozent wird gewährleistet, dass im Geltungsbereich des Kinderzuschlags ein durchgehender Erwerbsanreiz durch einen kontinuierlichen Einkommensverlauf besteht.

(3) ¹Der Kinderzuschlag ist eine Sozialleistung, die zusätzlich zum Kindergeld nach dem EStG oder BKGG oder zu einer Ausschlussleistung nach § 65 Abs. 1 EStG bzw. § 4 Abs. 1 BKGG gewährt wird. ²Es finden die Verfahrensvorschriften des SGB I und SGB X Anwendung.

DA 106a.01 Anwendung der VO (EG) Nr. 883/2004

(1) Der Kinderzuschlag stellt eine Familienleistung nach Art. 1 Buchstabe z der VO (EG) Nr. 883/2004 dar; Art. 11-16, 67, 68 VO (EG) Nr. 883/2004 sind ggf. anzuwenden.

(2) Personen die nach Art. 11 - 16 VO (EG) Nr. 883/2004 anderen als den deutschen Rechtsvorschriften unterliegen, haben grundsätzlich keinen Anspruch auf den Kinderzuschlag (vgl. DA-üzV 213.1 Abs. 3).

Beispiel 1

Die allein erziehende Frau A. ist als Grenzgängerin aus Deutschland in Belgien erwerbstätig und unterliegt nach Art. 11 der VO (EG) Nr. 883/2004 den belgischen Rechtsvorschriften. Sie erhält nach Art. 67 VO (EG) Nr. 883/2004 belgisches Kindergeld für ihr in ihrem Haushalt in Deutschland lebendes Kind.

Ein Antrag auf Kinderzuschlag wäre abzulehnen. Zwar bezieht Frau A. eine andere Leistung im Sinne von § 4 Abs. 1 BKGG; für sie gelten jedoch nach Art. 11 VO (EG) Nr. 883/2004 ausschließlich die belgischen Rechtsvorschriften, deshalb kann sie eine deutsche Familienleistung wie den Kinderzuschlag nicht erhalten.

(3) Personen, die mit ihren Familien in anderen Mitgliedstaaten leben, aber (z.B. als in Deutschland beschäftigte Grenzgänger) deutschen Rechtsvorschriften unterliegen, haben Anspruch auf Kinderzuschlag, wenn sie mit Ausnahme der Wohnsitzerfordernisse die Voraussetzungen des § 6a BKGG erfüllen.

Beispiel 2

Herr A. lebt mit seiner Ehefrau und 3 Kindern in Frankreich, ist aber als Grenzgänger in Deutschland beschäftigt. Unter Berücksichtigung des Einkommens und Vermögens des Ehepaars und der Kinder errechnet sich ein Anspruch auf Kinderzuschlag. Fraglich ist allein, ob die Voraussetzung des § 6a Abs. 1 Nr. 4 BKGG erfüllt ist, wonach durch den Kinderzuschlag Hilfebedürftigkeit nach § 9 SGB II vermieden werden muss. Rechnerisch ist auch dies der Fall. Allerdings würde Herr A. Alg II nicht erhalten, weil er nicht in Deutschland wohnt und das Alg II weder unter die VO (EG) Nr. 883/2004 fällt, noch als Vergünstigung im Sinne von Art. 7 Abs. 2 der VO (EWG) 1612/68 anzusehen ist. Bei Herrn A. wird also Bedürftigkeit im Sinne von § 9 SGB II nicht vermieden, weil er mangels Wohnsitzes in Deutschland nicht bedürftig im Sinne dieser Vorschrift ist. Diese Betrachtung kann bei der Entscheidung über den Anspruch auf Kinderzuschlag nicht maßgebend sein, weil damit der Anspruch auf die Familienleistung Kinderzuschlag von Wohnsitzerfordernissen abhängig gemacht

würde, was nach Art. 67 VO (EG) Nr. 883/2004 nicht zulässig ist. Auf Grund der Wohnsitzfiktion des Art. 67 VO (EG) Nr. 883/2004 ist deshalb Kinderzuschlag zu gewähren.

(4) ¹Personen, die mit ihren Familien in Deutschland leben und in einem anderen Mitgliedstaat erwerbstätig sind und den Rechtsvorschriften dieses Mitgliedstaats unterliegen, können dennoch Anspruch auf deutsches Kindergeld haben, sofern in dem anderen Mitgliedstaat keine Familienleistungen gewährt werden (vgl. Urteil des EuGH vom 20. Mai 2008 in der Rechtssache Bosmann - C-352/06). ²Sofern in diesen Fällen Kindergeld gezahlt wird, kann Anspruch auf Kinderzuschlag bestehen (vgl. Abs. 3).

DA 106a.02 Keine Anwendung der zweiseitigen Abkommen über soziale Sicherheit

(1) ¹Die Abkommen über soziale Sicherheit mit Bosnien-Herzegowina, Kosovo, Montenegro, Serbien, Türkei, Liechtenstein und der Schweiz und die Abkommen mit Marokko und Tunesien über Kindergeld, die eine Kindergeldzahlung auch für in diesen Staaten lebende Kinder vorsehen, sind in ihrem Anwendungsbereich auf das Kindergeld beschränkt. ²Die Zahlung anderer Familienleistungen für diese Kinder ist nicht vorgesehen. ³Das gilt auch für den Kinderzuschlag.

(2) ¹Für Kinder, die in den Abkommensstaaten leben, kann kein Kinderzuschlag gewährt werden. ²Für Kinder, die in Deutschland leben, kann ein Anspruch auf Kinderzuschlag bestehen.

DA 106a.1 Kinderzuschlag für unverheiratete, im Haushalt des Berechtigten lebende Kinder, die noch nicht das 25. Lebensjahr vollendet haben

(1) ¹Kinderzuschlag erhalten Kindergeldberechtigte für ihre im Haushalt lebenden unverheirateten Kinder bis zur Vollendung des 25. Lebensjahres. ²Zu berücksichtigen sind Kinder im Sinne der §§ 32 Abs. 1 Nr. 1 und 63 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 EStG bzw. der §§ 1 Abs. 1, 2 Abs. 1 Nr. 1 BKGG. Voraussetzung ist einheitlich, dass sie im Haushalt des Berechtigten leben. ³Darunter ist das örtlich verbundene Zusammenleben in einer gemeinsamen Familienwohnung zu verstehen. ⁴Das Kind muss ferner in diesem Haushalt seine persönliche Versorgung und Betreuung finden und sich nicht nur zeitweise, sondern durchgängig im Haushalt aufhalten. ⁵Sofern ein Kind zu gleichen Teilen bei seinen getrennt lebenden Eltern wohnt, gehört es zur Bedarfsgemeinschaft des kindergeldberechtigten Elternteils (zur Berechnung vgl. DA 106a.142 Abs. 2).

(2) ¹Auch bei räumlicher Trennung lebt das Kind weiter im Haushalt des Berechtigten, wenn die auswärtige Unterbringung nur von vorübergehender Natur ist. ²Von einem vorübergehenden Zustand kann im Allgemeinen ausgegangen werden, wenn das Kind im Rahmen seiner Möglichkeiten regelmäßig in den Haushalt zurückkehrt. ³Durch eine zeitweilige auswärtige Unterbringung zur Schul- oder Berufsausbildung wird die Haushaltszugehörigkeit in der Regel nicht unterbrochen. ⁴Für die Gewährung des Kinderzuschlags kommt es jedoch darauf an, dass das Kind zu derselben Bedarfsgemeinschaft im Sinne von § 7 Abs. 3 SGB II wie der Berechtigte gehört.

(3) ¹Es ist im Einzelfall zu prüfen, ob eine Haushaltszugehörigkeit noch gegeben ist und ob das Kind noch der Bedarfsgemeinschaft des Berechtigten angehört.

²Grundsätzlich ist festzustellen, ob es sich bei einer Unterbringung um eine stationäre Einrichtung handelt, wodurch ein Leistungsanspruch ausgeschlossen wäre (§ 7 Abs. 4 SGB II). ³Bei Kindern mit einem Aufenthalt in einer Werkstatt für behinderte Menschen (WfbM) und täglicher Rückkehr in den Haushalt der Eltern wird die Haushaltszugehörigkeit nicht unterbrochen. ⁴Diese gehören weiterhin der Bedarfsgemeinschaft an; es kann entweder ein Anspruch auf Sozialgeld nach §§ 19 Abs. 1 S. 2, 23 SGB II oder auf Kinderzuschlag bestehen. ⁵Bei einem Aufenthalt in einem Internat, bei dem das Kind an Wochenenden oder in den Ferien zur Familie zurückkehrt, ist in der Regel davon auszugehen, dass das Kind zwar weiter zum Haushalt, aber nicht mehr zur Bedarfsgemeinschaft der Eltern gehört. ⁶Auszubildende oder Studenten unter 25 Jahren, die ausbildungsbedingt eine Wohnung am Ausbildungs- bzw. Studienort haben, gehören nicht zur Bedarfsgemeinschaft der Eltern.

⁷Gehört ein weiteres Kind der Bedarfsgemeinschaft an, für das Anspruch auf Kinderzuschlag besteht, ist zu prüfen, ob das auswärtig untergebrachte Kind zur Haushaltsgemeinschaft der Eltern gehört. ⁸Von der Zugehörigkeit zur Haushaltsgemeinschaft kann ausgegangen werden, wenn es dort seinen Lebensmittelpunkt hat. ⁹Die Prüfung der Haushaltsgemeinschaft ist entsprechend den Regelungen im Kindergeldrecht vorzunehmen.

¹⁰Gehört das auswärtig untergebrachte Kind der Haushaltsgemeinschaft der Eltern an, ist bei der Ermittlung des Wohnanteils der Eltern vorab sein Kopfanteil abzuziehen. ¹¹Ergibt die Prüfung, dass es nicht mehr der Haushaltsgemeinschaft angehört, ist der Wohnanteil der Eltern von den gesamten Bedarfen für die Unterkunft und Heizung zu ermitteln.

¹²Gehört kein weiteres Kind der Bedarfsgemeinschaft an, für das Anspruch auf Kinderzuschlag besteht, ist der Antrag auf Kinderzuschlag abzulehnen.

(4) Für ein Zählkind kommt ein Kinderzuschlag nur in Betracht, wenn das Kind im Haushalt des Berechtigten lebt und dieser auch für dieses Kind dem Grunde nach einen Kindergeldanspruch nach § 62 EStG oder § 1 BKGG hat.

Beispiel

Die allein erziehende Frau A. hat zwei Kinder, mit denen sie in Deutschland in einem Haushalt lebt. Für das erste Kind erhält der Vater, Herr B., Kindergeld in Luxemburg, weil er dort beschäftigt ist. Frau A. ist nicht erwerbstätig, sondern sie erhält Unterhalt nach § 1615 I BGB für sich vom Vater des zweiten Kindes. Frau A. beantragt Kinderzuschlag für beide Kinder.

Es kommt ein Anspruch auf Kinderzuschlag auch für das erste Kind in Betracht, weil Frau A. einen Anspruch auf Kindergeld nach § 62 EStG hat, der jedoch nach Art. 68 VO (EG) 883/2004 ausgesetzt wird, weil das luxemburgische Kindergeld höher ist.

(5) Ein Anspruch auf Kinderzuschlag besteht für über 18 Jahre alte Kinder bis zur Vollendung des 25. Lebensjahres nur dann, wenn eine der besonderen Anspruchsvoraussetzungen des § 32 Abs. 4 EStG bzw. des § 2 Abs. 2 BKGG erfüllt ist.

(6) ¹Für über 18 Jahre alte Kinder wird oft erst rückwirkend festgestellt, ob ein Anspruch auf Kindergeld besteht oder nicht. ²Insbesondere bei Arbeit- bzw. Ausbildungsplatz suchenden Kindern wechseln sich häufig Monate mit Kindergeldanspruch und Monate ohne Kindergeldanspruch ab.

Beispiele

- Kind ist rückwirkend kindergeldrechtlich zu berücksichtigen – Nachzahlung von Kindergeld

Auswirkung auf den Kinderzuschlag durch Änderung der Bedarfsgemeinschaft (prozentualer Anteil der Bedarfe für Unterkunft und Heizung), es ändern sich die Bemessungs- und Höchststeinkommengrenze.

Folge:

- a) geringerer bzw. kein Kinderzuschlag
- b) höherer Kinderzuschlag

Lösung:

- a) Die Bewilligung des Kinderzuschlags wird gem. § 48 Abs. 1 Satz 1 SGB X für die Zukunft ganz oder teilweise aufgehoben.
- b) Die Bewilligung des Kinderzuschlags ist gem. § 48 Abs. 1 Satz 2 Nr. 1 SGB X ab dem Zeitpunkt der Änderung der Verhältnisse anzupassen.

- Kind ist rückwirkend kindergeldrechtlich nicht mehr zu berücksichtigen – Rückforderung von Kindergeld

Auswirkung auf den Kinderzuschlag durch Änderung der Bedarfsgemeinschaft (Abzug des Wohnanteils des Kindes und geänderter prozentualer Anteil der Bedarfe für Unterkunft und Heizung), es ändern sich die Bemessungs- und Höchststeinkommengrenze.

Folge:

- a) geringerer bzw. kein Kinderzuschlag
- b) höherer Kinderzuschlag

Lösung:

- aa) Wird bei geringerem bzw. keinem Kinderzuschlag die Hilfebedürftigkeit mit dem Kinderzuschlag nicht mehr vermieden, liegt Atypik nicht vor; es hat eine Aufhebung für die Vergangenheit und eine Rückforderung des Kinderzuschlags zu erfolgen. Die Bewilligung

des Kinderzuschlags ist gem. § 48 Abs. 1 Satz 2 Nr. 2 SGB X aufzuheben und ein Erstattungsanspruch gegenüber dem Alg II-Träger geltend zu machen.

ab) Wird bei geringerem bzw. keinem Kinderzuschlag die Höchststeinkommengrenze überschritten oder wird nunmehr der Gesamtbedarf der Bedarfsgemeinschaft gedeckt, liegt Atypik vor und die Bewilligung des Kinderzuschlags ist gem. § 48 Abs. 1 Satz 1 SGB X nur für die Zukunft aufzuheben.

b) Die Bewilligung des Kinderzuschlags ist gem. § 48 Abs. 1 Satz 2 Nr. 1 SGB X ab dem Zeitpunkt der Änderung der Verhältnisse anzupassen.

- Wie ist die Nachzahlung von Kindergeld bei der Ermittlung des Einkommens zu berücksichtigen?

Gem. § 11 Abs. 1 Satz 4 SGB II ist das Kindergeld dem Kind als Einkommen zuzurechnen, soweit es für dessen Bedarfsdeckung benötigt wird.

Die Nachzahlung ist wie eine Einmalzahlung zu behandeln und entsprechend § 11 Abs. 3 SGB II zu verteilen.

(7) ¹Der Kinderzuschlag wird für volle Monate gezahlt. ²Der Anspruch beginnt mit dem Monat, in dem die Anspruchsvoraussetzungen erfüllt sind, und endet mit dem Monat, in dem die Anspruchsvoraussetzungen wegfallen (vgl. DA 105.1).

DA 106a.11 Berechtigte

(1) ¹Kinderzuschlag erhält, wer nach dem X. Abschnitt des EStG oder dem BKGG Anspruch auf Kindergeld hat oder eine andere Leistung im Sinne von § 4 Abs. 1 BKGG bzw. § 65 Abs. 1 EStG bezieht. ²Zu den anderen Leistungen im Sinne von § 4 BKGG bzw. § 65 EStG gehören auch Leistungen für Kinder, die außerhalb Deutschlands gewährt werden und dem Kindergeld vergleichbar sind. ³Danach kann grundsätzlich auch ein Empfänger derartiger Leistungen Kinderzuschlag erhalten.

(2) ¹Einen Anspruch auf Kindergeld nach § 62 EStG haben Personen, wenn sie im Inland ihren Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt haben oder ohne Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt im Inland nach § 1 Abs. 2 EStG unbeschränkt steuerpflichtig sind oder nach § 1 Abs. 3 EStG als unbeschränkt steuerpflichtig behandelt werden. ²Kindergeld nach § 1 BKGG erhält, wer nach § 1 Abs. 1 und 2 EStG nicht unbeschränkt steuerpflichtig ist und auch nicht nach § 1 Abs. 3 EStG als unbeschränkt steuerpflichtig behandelt wird. ³Dies trifft regelmäßig nicht nur auf den Kindergeldberechtigten, sondern auch auf den mit ihm im gleichen Haushalt lebenden anderen Elternteil, Pflegeelternteil, Stiefeltern- oder Großelternteil zu. ⁴Nach § 3 Abs. 1 BKGG wird jedoch nur einer Person Kindergeld und Kinderzuschlag gewährt und auch der Wortlaut von § 3 Abs. 2 BKGG regelt nur den Fall der einheitlichen Berechtigtenbestimmung für Kindergeld und Kinderzuschlag. ⁵Es ist daher davon auszugehen, dass die nach § 3 Abs. 2 BKGG zur Berechtigtenbestimmung befugten Personen dieses Recht zwar auch bei der Beantragung von Kinderzuschlag erneut ausüben können, aber nur einheitlich für Kindergeld und Kinderzuschlag. ⁶Wird der Antrag auf Kinderzuschlag von der nicht kindergeldberechtigten Person gestellt und liegt keine Änderung der Berechtigtenbestimmung vor, ist in Anwendung des § 13 Abs. 1 S. 3 SGB X bei Ehegatten zu vermuten, dass diese bevollmächtigt sind, wenn nicht Anhaltspunkte vorliegen, die einer solchen Vermutung entgegenstehen. ⁷Adressat des Verwaltungsaktes ist weiterhin die kindergeldberechtigte Person. ⁸Nach § 37 SGB X kann die Bekanntgabe auch an den Bevollmächtigten erfolgen. ⁹Dabei muss aus dem Bescheid der Adressat des Verwaltungsaktes klar erkennbar sein ¹⁰Dies entspricht auch der Zielsetzung des Gesetzes, durch Kindergeld, Kinderzuschlag und Wohngeld das Existenzminimum des Kindes zu sichern. ¹¹Soweit die Bedarfsgemeinschaft aus zwei unverheirateten Personen besteht, die jeweils ein oder mehrere Kinder haben, zu dem bzw. zu denen der Partner in keinem Kindschaftsverhältnis steht, ist jeder Partner nur für seine Kinder kindergeld- und damit auch kinderschlagberechtigter (vgl. hierzu auch DA 106a.44 Abs. 7).

(3) Kinderzuschlagsberechtigten können auch Personen sein, die zwar selbst nicht erwerbsfähige Leistungsberechtigte i. S. von § 7 Abs. 3 Nr. 1 SGB II sind, jedoch über eine andere Person einer Bedarfsgemeinschaft i. S. von § 7 Abs. 3 SGB II angehören.

Beispiel 1

Ein erwerbsunfähiger Vater ist der Kindergeldberechtigter für die zwei im Haushalt lebenden Kinder. Die Mutter ist arbeitslos. Den Antrag auf Kinderzuschlag kann auch der Vater stellen, da er über die erwerbsfähige Mutter der Bedarfsgemeinschaft i. S. von § 7 Abs. 3 SGB II angehört. Ein Berechtigtenwechsel ist somit nicht erforderlich.

Beispiel 2


Eine allein erziehende Mutter, die Rente wegen voller Erwerbsminderung bezieht, beantragt für ihre zwei im Haushalt lebende Kinder im Alter von 10 und 15 Jahren Kinderzuschlag. Die Anspruchsvoraussetzungen sind zu prüfen, da die Mutter über das 15-jährige Kind der Bedarfsgemeinschaft angehört.

(4) ¹Auszubildende, deren Ausbildung dem Grunde nach im Rahmen des BAföG bzw. SGB III (§§ 60 bis 62) förderungsfähig ist, haben in der Regel keinen Anspruch auf Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts. ²Es kann jedoch ein Anspruch auf Leistungen nach dem SGB II wegen besonderer, nicht ausbildungsbezogener Belastungen durch Krankheit, Behinderung, Schwangerschaft, Kinderpflege und -erziehung oder dezentraler Warmwassererzeugung in Betracht kommen (Mehrbedarf nach § 21 Abs. 2 – 5, 7 SGB II).

³Unabhängig davon, ob ein Mehrbedarf nach § 21 SGB II zu gewähren ist, ist der Personenkreis der Auszubildenden nicht aus der Bedarfsgemeinschaft nach § 7 Abs. 3 SGB II ausgeschlossen. ⁴Daraus folgt, dass unter den Voraussetzungen des § 6a BKGG ein Anspruch auf Kinderzuschlag bestehen kann.

⁵Ein Anspruch auf Kinderzuschlag ist demnach auch für Personen, welche im Rahmen des BAföG oder der §§ 60 – 62 SGB II dem Grunde nach förderungsfähig sind, zu prüfen. ⁶Es ist dabei ohne Bedeutung, ob sich z.B. aufgrund der Einkommensverhältnisse der Eltern tatsächlich ein zahlbarer Betrag nach dem BAföG ergibt.

(5) Der Kinderzuschlag kann nur für Zeiträume gezahlt werden, für die Kindergeld tatsächlich bezogen wird oder wurde oder nur deshalb nicht bezogen wurde, weil eine Leistung im Sinne von § 4 BKGG bzw. 65 EStG zusteht oder zustand.



(6) Können sich die Eltern nicht einigen, wer Kindergeld und Kinderzuschlag beziehen soll, hat nach § 3 Abs. 2 Satz 3 BKGG das Familiengericht zu entscheiden (DA-FamEStG 64.2.1).

DA 106a.12 Einkommensgrenzen

DA 106a.120 Zusammenspiel der Einkommensgrenzen

¹Nach § 6a Abs. 1 Nr. 2 BKGK besteht ein Anspruch auf Kinderzuschlag, wenn mit Ausnahme des Wohngelds und des Kindergelds Einkommen im Sinne des § 11 Abs. 1 Nr. 1 SGB II in Höhe von 900,00 Euro oder bei Alleinerziehende in Höhe von 600,00 Euro vorhanden ist (**Mindesteinkommensgrenze**). ²Für die Einkommensanrechnung kommt es auf die **Bemessungsgrenze** (bis 30.09.2008 Mindesteinkommensgrenze) an. ³Sie errechnet sich aus der Summe der Bedarfe der Eltern/des Elternteils und setzt sich wie folgt zusammen:

⁴Regelbedarf und ggf. Mehrbedarf nach den Vorschriften des SGB II sowie des prozentualen Anteils der Warmmiete nach dem Existenzminimumbericht der Bundesregierung.

⁵Liegt das zu berücksichtigende Einkommen unter der Bemessungsgrenze, wird Kinderzuschlag in voller Höhe gezahlt. ⁶Ab dem Erreichen der Bemessungsgrenze (siehe DA 106a.42) wird übersteigendes Einkommen auf den Kinderzuschlag angerechnet. ⁷Der Anspruch entfällt, wenn das Einkommen der Eltern die **Höchsteinkommensgrenze** (Bemessungsgrenze zuzüglich Betrag des Gesamtkinderzuschlags nach § 6a Abs. 2 und 3 BKGK) übersteigt.

DA 106a.121 Mindesteinkommensgrenze

(1) ¹Die Mindesteinkommensgrenze nach § 6a Abs. 1 Nr. 2 BKGK beträgt für Paare 900,00 Euro monatlich und für Alleinerziehende 600,00 Euro monatlich. ²Für das Erreichen der Grenze sind mit Ausnahme des Wohngelds und des Kindergelds alle Einkommen zu berücksichtigen, also neben einem Bruttolohn auch Einkünfte aus selbstständiger Tätigkeit etc. und Transferleistungen wie z.B. Arbeitslosengeld, BAföG oder Unterhaltsleistungen. ³Beträge nach § 11 b SGB II sind nicht abzusetzen. ⁴Das Elterngeld ist in voller Höhe (auch der Elterngeldfreibetrag bei vorheriger Erwerbstätigkeit) als Einkommen zu berücksichtigen. ⁵Auch Landeserziehungsgeld ist in voller Höhe anzusetzen.

⁶Es sind insbesondere folgende Besonderheiten zu beachten:

- Für die Prüfung der Mindesteinkommensgrenze sind bei Studenten/Auszubildenden die tatsächlich gezahlten Leistungen (BAföG/BAB) zu Grunde zu legen.

- Bei Arbeitslosengeldempfängern wird zur Prüfung der Mindesteinkommensgrenze der Leistungssatz nach § 129 SGB III zu Grunde gelegt.
- Für das Erreichen der Mindesteinkommensgrenze sind bei Selbständigen die Betriebseinnahmen maßgeblich.
- Bei Beziehern einer Regelaltersrente oder einer Rente wegen voller Erwerbsminderung, die mit einer erwerbsfähigen leistungsberechtigten Person in einer Bedarfsgemeinschaft leben, wird zur Prüfung der Mindesteinkommensgrenze die gesamte Rente herangezogen.
- Bei Bezug von Unterhaltszahlungen wird zur Prüfung der Mindesteinkommensgrenze nicht nach Ehegattenunterhalt und Kindesunterhalt unterschieden.
- Wird lediglich Kindesunterhalt bezogen, ist dieser nicht zu berücksichtigen.

(2) ¹Die Mindesteinkommensgrenze ist erreicht, wenn das elterliche Einkommen und Vermögen im Monat mindestens 900,00 Euro bzw. 600,00 Euro beträgt. ²Dazu ist ein Durchschnitt aus den Bruttoeinnahmen in Geld oder Geldeswert in der Regel der letzten drei Monate vor Antragstellung zu bilden. ³Zugleich ist vom Antragsteller eine Erklärung abzugeben, nach der sich die Einkommensverhältnisse im Antragsmonat nicht wesentlich verändern werden. ⁴Wird diese Erklärung nicht abgegeben, sind Einkommensnachweise für den Antragsmonat anzufordern; der Antragsmonat ist in die Durchschnittsberechnung einzubeziehen. ⁵Sollte mit dem Durchschnittseinkommen die Mindesteinkommensgrenze unterschritten werden, sind vor einer Ablehnung des Kinderzuschlags die Einkommensnachweise des Antragsmonats immer anzufordern. ⁶Sollte auch hier die Mindesteinkommensgrenze unterschritten werden, ist der Kinderzuschlag abzulehnen und auf die Beantragung von Leistungen der Grundsicherung zu verweisen.

DA 106a.13 Höchstekommengrenze

(1) ¹Der Anspruch auf Kinderzuschlag entfällt, wenn das Elterneinkommen den gesamten Familienbedarf deckt, also auch den des Kindes/der Kinder (**Höchstekommengrenze**).

²Die Höchstekommengrenze setzt sich aus dem Betrag der Bemessungsgrenze (siehe DA 106a.42) und dem Betrag des Gesamtkinderzuschlags (siehe DA 106a.2) zusammen.

³Kinder, die im Sinne der DA 106a.141 nicht zur Bedarfsgemeinschaft gehören, erhöhen nicht die Höchstekommengrenze.

Beispiel 1

Das Ehepaar M. aus Hamburg hat ein Kind ohne eigenes Einkommen und die Bemessungsgrenze beträgt 1.131,14 Euro. Da das Kind kein eigenes Einkommen hat, werden der Bemessungsgrenze 140,00 Euro Kinderzuschlag zugerechnet und die Höchstekommengrenze beträgt 1.271,14 Euro (1.131,14 Euro + 140,00 Euro).

Beispiel 2

Das Ehepaar T. aus Hannover hat 3 Töchter und die Bemessungsgrenze beträgt 1.154,98 Euro. Zwei der drei Töchter haben eigenes Einkommen. Es sind 60,00 Euro bzw. 34,00 Euro als zu berücksichtigendes Einkommen auf den Kinderzuschlag anzurechnen. Die Höchstekommengrenze errechnet sich wie folgt:

Bemessungsgrenze	1.154,98 Euro
Kinderzuschlag (140,00 Euro – 60,00 Euro)	80,00 Euro
Kinderzuschlag (140,00 Euro – 34,00 Euro)	106,00 Euro
Kinderzuschlag (140,00 Euro)	140,00 Euro
Höchstekommengrenze	1.480,98 Euro

(2) Mit jeder Änderung der Bemessungsgrenze (siehe DA 106a.42 Abs. 8) ändert sich auch die Höchstekommengrenze.

DA 106a.14 Vermeidung von Hilfebedürftigkeit

DA 106a.140 Allgemeines

(1) ¹Durch die Zahlung des Kinderzuschlags muss Hilfebedürftigkeit nach dem SGB II vermieden werden (§ 6a Abs. 1 Nr. 4 BKGG). ²Ein Anspruch auf Kinderzuschlag kann daher nur entstehen, wenn der Antragsteller auch grundsätzlich einen Anspruch auf Leistungen nach dem SGB II hat.

(2) ¹Ausländer, die eine Aufenthaltserlaubnis nach § 23 Abs. 1 oder § 24 AufenthG wegen Krieges in ihrem Heimatland bzw. § 25 Abs. 4 Satz 1, Abs. 4a oder Abs. 5 AufenthG besitzen, haben nach § 1 Abs. 1 Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) Anspruch auf Leistungen nach diesem Gesetz. ²Sie sind daher nach § 7 Abs. 1 Satz 2 Nr. 3 SGB II vom Anspruch auf Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts ausgeschlossen. ³Ein Anspruch auf Kinderzuschlag besteht daher ebenfalls nicht.

⁴Ausländer, die einen Aufenthaltstitel nach § 23 Abs. 1 AufenthG aus anderen Gründen als wegen Krieges in ihrem Heimatland erhalten haben, gehören nicht zum Personenkreis des § 1 AsylbLG und sind damit weder von den Leistungen nach dem SGB II noch von einem Anspruch auf Kinderzuschlag ausgeschlossen.

(3) ¹Ausländer, die auf Grund des Gesetzes zur Umsetzung aufenthalts- und asylrechtlicher Richtlinien der Europäischen Union eine Aufenthaltserlaubnis nach den §§ 104a bzw. 23 Abs. 1 AufenthG erhalten, haben grundsätzlich einen Anspruch auf Leistungen nach dem SGB II und damit einen Anspruch auf Kinderzuschlag.

(4) ¹Reichen das Einkommen und Vermögen im Sinne von §§ 11 bis 12 SGB II (ohne Wohngeld) und der Kinderzuschlag zur Vermeidung von Hilfebedürftigkeit nicht aus, ist zu prüfen, ob dies unter Einbeziehung des Wohngeldes der Fall wäre. ²Wird kein Wohngeld gezahlt, ist eine fiktive Wohngeldberechnung durchzuführen. ³Im Rahmen der abschließenden Überprüfung des Bewilligungsabschnitts wird der Wohngeldbescheid vom Berechtigten angefordert. ⁴Wurde kein Wohngeld beantragt und demzufolge tatsächlich auch kein Wohngeld bezogen, kann der Kinderzuschlag weiterhin bewilligt werden, wenn auch künftig mit dem fiktiven Wohngeld die Hilfebedürftigkeit vermieden werden kann. ⁵Ein tatsächlicher Wohngeldbezug ist nicht erforderlich. ⁶Soweit sich dabei herausstellt, dass das Wohngeld tatsächlich nur in niedrigerer Höhe als zunächst angenommen gewährt wird und Hilfebedürftigkeit damit nicht vermieden werden kann, ist die Bewilligung des Kinderzuschlags gemäß § 48 Abs. 1 S. 1 SGB X für die Zukunft aufzuheben. ⁷Entsprechendes gilt, wenn der Berechtigte den Wohngeldbescheid unaufgefordert einreicht. ⁸Soweit es sich bei Antragstellern um Personen handelt, die bislang im Alg II-Leistungsbezug

stehen und für die der Träger der Grundsicherung einen vorrangigen Anspruch auf Kinderzuschlag unter Berücksichtigung von Wohngeld festgestellt hat, gilt Folgendes:

- Wird der Familienkasse die mit der Berechnungshilfe kiz-99 erstellte Kinderzuschlagsberechnung übersandt und leistet der Träger der Grundsicherung unter Anmeldung eines Erstattungsanspruchs bis zur Kinderzuschlags-/Wohngeldbewilligung vor, ist vor der Bewilligung des Kinderzuschlags die tatsächliche Höhe des Wohngelds abzuwarten.
- Wird die Kinderzuschlagsberechnung trotz Rückfrage seitens der Familienkasse nicht durch den Träger der Grundsicherung übersandt und leistet der Träger der Grundsicherung auch nicht vor, so ist der Kinderzuschlag aufgrund einer fiktiven Wohngeldberechnung zu bewilligen. Dies gilt entsprechend für Fälle, in denen ein Erst-/Neuantragsteller auf Alg II vom Träger der Grundsicherung auf die vorrangigen Leistungen Kinderzuschlag und ggf. ergänzend Wohngeld verwiesen wird.

⁹Hilfebedürftigkeit nach § 9 SGB II liegt bei Personen vor, die ihren Lebensunterhalt, ihre Eingliederung in Arbeit und den Lebensunterhalt der mit ihnen in einer Bedarfsgemeinschaft lebenden Personen nicht oder nicht ausreichend aus eigenen Kräften und Mitteln, vor allem nicht durch Aufnahme einer zumutbaren Arbeit oder aus dem zu berücksichtigenden Einkommen oder Vermögen sichern können und die erforderliche Hilfe nicht von anderen, insbesondere von Angehörigen oder von Trägern anderer Sozialleistungen erhalten.

(5) ¹Ist der Antragsteller Mitglied einer Bedarfsgemeinschaft, die Alg II oder Sozialgeld bezieht, muss durch die Zahlung des Kinderzuschlags der Bezug von Alg II und Sozialgeld entfallen. ²Andernfalls wird der Bedarf nicht gedeckt und somit Hilfebedürftigkeit nach dem SGB II nicht vermieden. ³Einmalige Leistungen nach § 24 Abs. 3 SGB II sowie einmalige Leistungen für Unterkunft und Heizung in Höhe der Aufwendungen für die Beschaffung von Öl, Kohle oder Flüssiggas können jedoch auch an Bezieher von Kinderzuschlag gewährt werden. ⁴Gleiches gilt für den Zuschuss zur angemessenen Kranken- und Pflegeversicherung nach § 26 Abs. 2 SGB II. ⁵Diese Leistungen sind nicht als Einkommen in die Berechnung des Kinderzuschlags einzubeziehen. ⁶Hilfebedürftigkeit im Sinne § 9 SGB II kann nur bei Personen vermieden werden, die zu einer Bedarfsgemeinschaft nach § 7 Abs. 3 SGB II gehören. ⁷Auch die nach § 7 Abs. 1, 4, 4a, 5 SGB II ausgeschlossenen Personen können daher einen Kinderzuschlag erhalten, wenn sie mit einem erwerbsfähigen Leistungsberechtigten eine Bedarfsgemeinschaft bilden. ⁸Das sind z.B.

- nicht erwerbsfähige bzw. länger als sechs Monate stationär untergebrachte Personen, die aber über ausreichendes Einkommen und /oder Vermögen im Sinne von § 6a Abs. 1 Nr. 2 BKGG verfügen,
- Ausländer, die zwar die aufenthaltsrechtlichen Voraussetzungen des § 62 Abs. 2 EStG, § 1 Abs. 3 BKGG erfüllen, aber keine Arbeitsgenehmigung besitzen,
- Auszubildende, die dem Grunde nach Anspruch auf Berufsausbildungsbeihilfe/Ausbildungsgeld oder Leistungen nach dem BAföG haben (z.B. allein erziehende Auszubildende) sowie
- Personen, die Regelaltersrente oder Rente wegen verminderter Erwerbsfähigkeit beziehen
- Sozialhilfebezieher
- Leistungsberechtigte nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (zu beachten ist hier jedoch, dass ausländische Ehegatten, Lebenspartner und minderjährige Kinder von nach § 1 Abs. 1 Nr. 1-5 AsylbLG Leistungsberechtigten auch leistungsberechtigt nach AsylbLG sind).

(6) ¹Eine Ausnahme zu vorgenannten bilden jedoch Studenten/Auszubildende mit eigenen Kindern, da die Ausschlusswirkung nach § 7 Abs. 5 SGB II nur den Normalbedarf, also die Regelleistung, die Bedarfe für Unterkunft und Heizung und einmalige Bedarfe für die Studenten/Auszubildenden selbst umfasst. ²Aus besonderen Umständen hervorgehende Bedarfe (Bedarf für eigene Kinder, Mehrbedarfe) werden von der Ausschlusswirkung nicht erfasst (vgl. Fachliche Hinweise zu § 7 SGB II).

³Unabhängig davon, ob ein Mehrbedarf nach § 21 SGB II anzuerkennen ist, werden Auszubildende nicht aus der Bedarfsgemeinschaft nach § 7 Abs. 3 SGB II ausgeschlossen.

⁴Daraus folgt, dass nach § 6a BKGG ein Anspruch auf Kinderzuschlag für Kinder der Auszubildenden bestehen kann.

⁵Ein Anspruch auf Kinderzuschlag ist demnach auch bei Personen, deren Ausbildung im Rahmen des Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) oder der §§ 60 – 62 SGB III dem Grunde nach förderungsfähig ist, zu prüfen. ⁶ Die Förderungsfähigkeit bezieht sich dabei auf die Ausbildung/das Studium und nicht auf die persönliche Förderungsfähigkeit (Zweitstudium, Überschreitung der Altersgrenze Staatsangehörigkeit). ⁷Es ist dabei ohne

Bedeutung, ob z.B. aufgrund der Einkommensverhältnisse der Eltern der Auszubildenden tatsächlich ein zahlbarer Betrag nach dem BAföG zusteht.

⁸Für Auszubildende, die mit mindestens einem eigenen Kind, das das zehnte Lebensjahr noch nicht vollendet hat, in einem Haushalt leben, wird zusätzlich zu den BAföG-Leistungen ein Kinderbetreuungszuschlag nach § 14b BAföG gewährt. ⁹Der Kinderbetreuungszuschlag beträgt 113,00 Euro für das erste und 85,00 Euro für jedes weitere Kind. ¹⁰Der Kinderbetreuungszuschlag nach § 14b BAföG wird als zweckbestimmter Teil der Ausbildungsförderung nicht als Einkommen angerechnet.

¹¹Als Bedarf der Auszubildenden/Studenten ist der Bedarf nach dem SGB II zu Grunde zu legen. ¹²Daraus folgt, dass Einkommen des Studenten bis zur Höhe der Regelleistung zuzüglich der anteiligen Bedarfe für Unterkunft und Heizung unberücksichtigt bleibt. ¹³Nur den jeweiligen SGB II - Bedarf übersteigendes Einkommen ist auf den Kinderzuschlag anzurechnen. ¹⁴Der SGB II - Bedarf der übrigen Personen in der Bedarfsgemeinschaft ist gesondert zu berechnen. ¹⁵Dabei ist bei der Berechnung des Bedarfs nach SGB II der Mietanteil nach den Regelungen des SGB II (Kopfanteil) zu ermitteln. ¹⁶Bei der Ermittlung der Bemessungsgrenze ist der Mietanteil jedoch nach den Regelungen des § 6a BKGG (Ermittlung der anteiligen Wohnkosten nach dem Existenzminimumbericht der Bundesregierung) zu ermitteln.

Beispiel 1

(Ehe-) Paar, 1 Kind (5 Jahre alt)

Der Vater (Bruttoverdienst mindestens 900,00 Euro) arbeitet und die Mutter studiert (Studium dem Grunde nach förderungsfähig), die monatliche Warmmiete beträgt 300,00 Euro.

Ermittlung des Bedarfs von Vater und Kind nach SGB II (§ 6a Abs. 1 Nr. 4 BKGG):

Vater	
Regelleistung	337,00 Euro
Kind Regelleistung	219,00 Euro
2/3 der Miete (Mann und Kind)	200,00 Euro
Gesamtbedarf	756,00 Euro

Ermittlung des fiktiven SGB II – Bedarfs der Mutter:

Regelleistung	337,00 Euro
1/3 der Miete (Mutter)	100,00 Euro
Gesamtbedarf	437,00 Euro

Ermittlung der Bemessungsgrenze:

Vater Regelleistung	337,00 Euro
2/3 der Miete x 76,34% (abzügl. Anteil des Kindes) ¹	153,00 Euro
Gesamtbedarf der Eltern	490,00 Euro

Der fiktive SGB II - Bedarf der Mutter bleibt aufgrund des § 7 Abs. 5 SGB II unberücksichtigt.

Ein Einkommen der Mutter (nach Abzug des Ausbildungsanteils iHv 20 % des BAföG-Bedarfs) bis zur Höhe der Regelleistung zuzüglich der anteiligen Bedarfe für Unterkunft und Heizung (hier: 437,00Euro) bleibt unberücksichtigt.

Beispiel 2

Alleinerziehende Mutter, 1 Kind unter 6 Jahre; sie ist Studentin, erhält BAföG in Höhe von 597,00 Euro und verdient nebenbei 200,00 Euro; die monatliche Warmmiete beträgt 250,00 Euro. Außerdem erhält sie Wohngeld in Höhe von 80,00 Euro.

Die Mindesteinkommensgrenze von 600,00 Euro wird mit dem BAföG (597,00 Euro) und dem Einkommen (200,00 Euro) erreicht.

Ermittlung des Bedarfs nach SGB II (§ 6a Abs. 1 Nr. 4 BKGG):

Mehrbedarf	134,64 Euro
Kind Regelleistung	219,00 Euro
½ der Miete (Kind)	125,00 Euro
Gesamtbedarf	478,64 Euro

Ermittlung des fiktiven SGB II – Bedarfs der Mutter:

Regelleistung	374,00 Euro
½ der Miete (Mutter)	125 Euro
Gesamtbedarf	499,00Euro

¹ Wohnbedarf Alleinstehende mit entsprechender Anzahl der Kinder nach dem Existenzminimumbericht der Bundesregierung für das Jahr 2012

Ermittlung der Bemessungsgrenze:

Mutter Mehrbedarf	134,64 Euro
Bedarf der Mutter nach dem SGB II	134,64 Euro

Die Höchstinkommensgrenze beträgt 274,64 Euro (134,64 Euro plus 140 Euro). Der Bedarf der Mutter bleibt aufgrund des § 7 Abs. 5 SGB II unberücksichtigt. Einkommen der Mutter über ihrem fiktiven SGB II – Bedarf von 499,00 Euro (374,00 Euro Regelleistung + 125,00 Euro Bedarfe für Unterkunft und Heizung) ist beim Kinderzuschlag zu berücksichtigen.

Zu berücksichtigendes Einkommen des Mutter (gerundet):

BAföG (abzüglich 20%-Pauschale)	477,60 Euro
zuzüglich 200 Euro Einkommen	677,60 Euro
abzüglich fiktiver SGB II - Bedarf	499,00 Euro
zu berücksichtigendes Einkommen	178,60 Euro

Die Mutter hat ein zu berücksichtigendes Einkommen von (gerundet) 179,00 Euro (597 Euro BAföG minus ausbildungsgeprägter Bedarf des BAföG von pauschal 119,40 Euro (vgl. Fachliche Hinweise zu § 11-11b SGB II Rz. 93) zuzüglich 200 Euro Einkommen minus fiktiver SGB II – Bedarf in Höhe von 499,00 Euro). Das zu berücksichtigende Einkommen in Höhe von 179,00 Euro überschreitet die Bemessungsgrenze um 44,36 Euro. Durch das übersteigende Einkommen wird der Gesamtkinderzuschlag gemindert, er beträgt 120,00 Euro. Da der SGB II – Bedarf in Höhe von 478,64 Euro jedoch durch das zu berücksichtigende Einkommen der Mutter von 179,00 Euro, dem Gesamtkinderzuschlag von 120,00 Euro und dem Kindergeld von 184 Euro und dem Wohngeld gedeckt ist, besteht Anspruch auf Kinderzuschlag (179,00 Euro Einkommen + 120,00 Euro Gesamtkinderzuschlag + 184 Euro Kindergeld + 80 Euro Wohngeld = 563,00 Euro).

¹⁷Bezieht der studierende Elternteil BAföG (nach Abzug des ausbildungsbedingten Bedarfs in Höhe von 20 % des BAföG-Bedarfs) in Höhe des fiktiven SGB II-Bedarfs, wird das volle Einkommen des anderen Elternteils beim Kinderzuschlag herangezogen.

¹⁸Bezieht der studierende Elternteil weniger BAföG als der eigentliche BAföG-Bedarf, weil eigenes Einkommen, Einkommen des Ehegatten oder Einkommen der Eltern auf den BAföG-Bedarf angerechnet wurde, wird die tatsächliche BAföG-Leistung um das im Rahmen der BAföG-Berechnung angerechnete Einkommen erhöht. Dieser Betrag ist um die Ausbildungspauschale zu reduzieren. ¹⁹Übersteigt das danach verbleibende Einkommen den fiktiven SGB II-Bedarf ist dieses beim Kinderzuschlag zu berücksichtigen. ²⁰Wurde

Ehegatteneinkommen im Rahmen der BAföG-Berechnung angerechnet, ist dieses von dessen Einkommen abzuziehen.

Beispiel 3

Mutter hat einen BAföG-Bedarf von 597,00 Euro. Die tatsächliche Förderleistung beträgt wegen Anrechnung von Einkommen des Ehegatten lediglich 200,00 Euro. Der fiktive SGB II-Bedarf beträgt 437,00 Euro (Regelleistung + 100,00 Euro anteilige Bedarfe für die Unterkunft und Heizung). Der Vater verdient 1.600,00 Euro.

Zu der tatsächlichen BAföG-Leistung (200,00 Euro) ist das angerechnete Einkommen des Ehegatten (397,00 Euro) hinzuzurechnen und die 20% Pauschale (119,40 Euro) in Abzug zu bringen, so dass sich ein Einkommen in Höhe von 477,60 Euro ergibt.

Der den fiktiven SGB II-Bedarf übersteigende Betrag von 40,60 Euro ist beim Kinderzuschlag zu berücksichtigen. Das angerechnete Einkommen (397,00 Euro) des Ehegatten ist bei diesem abzuziehen (1.203,00 Euro).

²¹Liegt das Einkommen des studierenden Elternteils nach Abzug der Ausbildungspauschale unterhalb des fiktiven SGB II-Bedarfs, wird der Differenzbetrag vom Einkommen des anderen Ehegatten abgezogen.

Beispiel 4

Mutter erhält 597,00 Euro BAföG, der Vater hat einen Nettoverdienst von 1.200,00 Euro. Der fiktive SGB II – Bedarf der Mutter beträgt 537,00 Euro (Regelleistung zuzüglich 200,00 Euro anteilige Bedarfe für Unterkunft und Heizung).

Von dem BAföG-Betrag in Höhe von 597,00 Euro ist die 20 % Pauschale in Abzug zu bringen. Es verbleibt Einkommen in Höhe von 477,60 Euro.

Die Differenz von 477,60 Euro zu 537,00 Euro beträgt 59,40 Euro. Diese werden vom Nettoverdienst des Vaters abgezogen. Es können somit 1.140,60 Euro als Einkommen beim Kinderzuschlag berücksichtigt werden.

²²Erhält der studierende Elternteil jedoch wegen persönlicher Verhältnisse (Staatsangehörigkeit, Alter, Zweitstudium), trotz grundsätzlicher Förderungsfähigkeit des Studiums, keine Leistung nach dem BAföG, ist dessen Bedarfsdeckung durch Einkommen des anderen Elternteils ausgeschlossen. ²³Das heißt, der Bedarf des studierenden Elternteils bleibt völlig unberücksichtigt. ²⁴Das Einkommen des anderen Elternteils ist in voller Höhe bei der Berechnung des Kinderzuschlags zu berücksichtigen.

Beispiel 5

Mutter studiert, erhält BAföG in Höhe von 597,00 Euro und ist schwanger; Vater studiert, erhält aber aufgrund seines Zweitstudiums keine BAföG-Leistungen; Kind ist unter 6 Jahre; Miete beträgt lediglich 150,00 Euro

Ermittlung des Bedarfs nach SGB II (§ 6a Abs. 1 Nr. 4 BKGG):

Mehrbedarf	57,29 Euro
Kind Regelleistung	219,00 Euro
1/3 der Miete (Kind)	50,00 Euro
Gesamtbedarf	326,29 Euro

Ermittlung des fiktiven SGB II – Bedarfs der Mutter:

Regelleistung	337,00 Euro
1/3 der Miete (Mutter)	50,00 Euro
Gesamtbedarf	387,00 Euro

Ermittlung der Bemessungsgrenze:

Mutter Mehrbedarf	57,29 Euro
Bedarf der Mutter nach dem SGB II	57,29 Euro

Die Höchsteinkommengrenze beträgt 197,29 Euro. Der Bedarf der Mutter und des Vaters bleiben aufgrund von § 7 Abs. 5 SGB II unberücksichtigt.

Einkommen der Mutter über ihrem fiktiven SGB II-Bedarf von 387,00 Euro ist beim Kinderzuschlag zu berücksichtigen.

Zu berücksichtigendes Einkommen des Mutter (gerundet):

BAföG (abzüglich 20%-Pauschale)	477,60 Euro
abzüglich fiktiver SGB II - Bedarf	387,00 Euro
zu berücksichtigendes Einkommen	90,60 Euro

Die Mutter hat ein zu berücksichtigendes Einkommen von 90,60 Euro. Dieses ist nicht zur Deckung des fiktiven SGB II-Bedarfs des Vaters heranzuziehen, da es an den persönlichen Voraussetzungen für die Förderungsfähigkeit nach dem BAföG fehlt. Das zu berücksichtigende Einkommen überschreitet die Bemessungsgrenze um 33,31 Euro. Der Kinderzuschlag beträgt 107,00Euro. Der SGB II-Bedarf in Höhe von 326,29 Euro ist durch das Einkommen der Mutter (90,60 Euro), dem Kinderzuschlag (107,00Euro) und dem Kindergeld (184,00 Euro) gedeckt (381,60 Euro).

(7) ¹Bezieher einer Regelaltersrente erhalten keine Leistungen nach dem SGB II § 7 Abs. 1 Nr 1 SGB II i. V. m. § 7a SGB II). ²Auch Bezieher einer Rente wegen voller

Erwerbsminderung haben wegen fehlender Erwerbsfähigkeit keinen Anspruch auf Leistungen nach dem SGB II (§ 7 Abs. 1 Nr. 2 SGB II i. V. m. §§ 19 Abs. 1 S. 2, 23 SGB II).

³Diese Personen gehören zwar als Angehörige eines erwerbsfähigen Leistungsberechtigten zur Bedarfsgemeinschaft; sie können aber grundsätzlich keine eigene Bedarfsgemeinschaft begründen. ⁴Reicht das Einkommen nicht aus, den Lebensunterhalt des Rentenbeziehers zu decken, besteht nach Vollendung des 65. Lebensjahres dem Grunde nach Anspruch auf Leistungen nach dem 4. Kapitel des SGB XII. ⁵Da diese Personen weiterhin zur Bedarfsgemeinschaft gehören, ist das den eigenen Bedarf übersteigende Einkommen bei der Berechnung des Kinderzuschlags zu berücksichtigen.

⁶Der Bezug einer Vollrente wegen Alters nach dem SGB VI führt - unabhängig von deren Höhe und dem Eintrittsalter – gem. § 7 Abs. 4 SGB II zum Wegfall des Anspruchs auf Leistungen der Grundsicherung für Arbeitsuchende. ⁷Reicht die Altersrente nicht aus, den Bedarf zu decken, sind ggf. ergänzende Leistungen zur Grundsicherung im Alter nach dem 4. Kapitel des SGB XII durch den Träger der Sozialhilfe zu erbringen. ⁸Da vor Vollendung des 65. Lebensjahres kein Anspruch auf Leistungen der Grundsicherung im Alter besteht, ergibt sich ggf. zur Deckung des Bedarfs ein Anspruch auf Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem 3. Kapitel des SGB XII.

⁹Für den Kinderzuschlag bedeutet dies, dass Bezieher einer Regelaltersrente oder einer Rente wegen voller Erwerbsminderung, die mit einer erwerbsfähigen leistungsberechtigten Person in einer Bedarfsgemeinschaft leben, einen Anspruch auf Kinderzuschlag haben können. ¹⁰Lebt der Bezieher einer Regelaltersrente oder einer Rente wegen voller Erwerbsminderung nicht mit einer erwerbsfähigen leistungsberechtigten Person zusammen (z.B. ein allein erziehender 66-jähriger Rentner mit seinem 13-jährigen Sohn), kann kein Anspruch auf Kinderzuschlag entstehen, da Hilfebedürftigkeit nach dem SGB II nicht vermieden werden kann.

¹¹Bezieher einer Altersrente (Rentner vor Erreichung der jeweiligen Regelaltersgrenze²), die nicht mit einer erwerbsfähigen leistungsberechtigten Person zusammenleben, können einen Anspruch auf Kinderzuschlag haben. ¹²Dieser Personenkreis kann zwar auf Grund des Leistungsausschlusses des § 7 Abs. 4 SGB II keine Leistungen nach dem SGB II beziehen, sie gehören jedoch grundsätzlich zum Personenkreis des § 7 Abs. 1 i. V. mit Abs. 3 SGB II und können eine Bedarfsgemeinschaft gründen.

¹³Wenn Bezieher einer Regelaltersrente oder voll erwerbsgeminderte Rentner weiterhin zur Bedarfsgemeinschaft gehören, ist ihr Einkommen bei der Berechnung des Kinderzuschlags

² Übergangsregelung in § 235 SGB VI

zu berücksichtigen. ¹⁴Es bleibt jedoch in Höhe des eigenen Bedarfs unberücksichtigt (vgl. Hinweise zu § 9 SGB II).

Beispiel

Ein erwerbsgeminderter Vater ist der Kindergeldberechtigter für die zwei im Haushalt lebenden Kinder (8 und 10 Jahre alt). Die Mutter ist arbeitslos. Den Antrag auf Kinderzuschlag kann auch der Vater stellen, da er über die erwerbsfähige Mutter der Bedarfsgemeinschaft i. S. von § 7 Abs. 3 SGB II angehört. Ein Berechtigtenwechsel ist somit nicht erforderlich.

Die monatliche EM-Rente des Vaters beträgt 1.030,00 €, die monatlich angemessenen Bedarfe für Unterkunft und Heizung betragen 380,00 €.

Die Mindesteinkommensgrenze (900,00 Euro) ist durch die Rente des Vaters von 1.030,00 Euro erreicht. Bei der Berechnung der Höhe des Kinderzuschlags ist die Rente nur zu berücksichtigen, soweit sie den Bedarf des Vaters übersteigt.

Ermittlung des Bedarfs des Rentenbeziehers (Vater):

Regelleistung	337,00 Euro
Mietanteil (380 Euro : 4)	95,00 Euro
Gesamtbedarf	432,00 Euro

Ermittlung des zu berücksichtigenden Einkommens:

Rente des Vaters	1.030,00 Euro
Leistungen nach SGB XII	0 Euro
abzüglich Gesamtbedarf des Vaters	432,00 Euro
abzüglich Versicherungspauschale	30,00 Euro
zu berücksichtigendes Einkommen	568,00 Euro

Ermittlung des Bedarfs nach SGB II (§ 6a Abs. 1 Nr. 4 BKGG):

Mutter	
Regelleistung	337,00 Euro
2 Kinder Regelbedarf (2 x 251 Euro)	502,00 Euro
3/4 der Miete (Frau und 2 Kinder)	285,00 Euro
Gesamtbedarf	1.124,00 Euro

Ermittlung der Bemessungsgrenze:

Mutter Regelleistung	337,00 Euro
3/4 der Miete x 61,74 % (abzügl. Anteil des Vaters) ³	175,96 Euro
Bemessungsgrenze	512,96Euro

Die Höchsteinkommensgrenze beträgt 792,96 Euro (512,96 Euro + 280 Euro).

Das anzurechnende Einkommen, konkret die Rente, die zu 100% auf den Gesamtkinderzuschlag anzurechnen ist, übersteigt um 55,04 Euro die Bemessungsgrenze (568,00 Euro – 512,96 Euro = 55,04 Euro). Es errechnet sich somit ein Kinderzuschlag in Höhe von 225,00 Euro.

³ Wohnbedarf Alleinstehende mit entsprechender Anzahl der Kinder

DA 106a.141 Bedarfsgemeinschaft

(1) ¹Hilfebedürftigkeit im Sinne von § 9 SGB II liegt vor, wenn das Einkommen der Bedarfsgemeinschaft die Höhe des für die Bedarfsgemeinschaft zustehende Alg II nach § 19 Abs. 1 S. 1 SGB II und ggf. Sozialgeld nach §§ 19 Abs. 1 S. 2, 23 SGB II nicht erreicht. ²Zur Bedarfsgemeinschaft gehören u. a.:

a) Berechtigte im Sinne der DA 106a.11 und die Partner

Partner in diesem Sinne können sein:

- der nicht dauernd getrennt lebende Ehegatte. Das Getrenntleben beurteilt sich dabei nicht nach dem bürgerlichen Recht, sondern danach, ob zwischen den Ehegatten eine Lebens- und Wirtschaftsgemeinschaft besteht. Getrenntleben liegt nicht schon bei jeder räumlichen Trennung vor. Vielmehr muss hinzukommen, dass nach den tatsächlichen Verhältnissen die Wirtschafts- und Lebensgemeinschaft der Ehepartner nicht nur vorübergehend aufgehoben ist. Leben die Ehegatten weiterhin in der ehelichen Wohnung zusammen, so ist ein Getrenntleben nur dann anzunehmen, wenn der Wille mindestens eines Ehegatten nach außen erkennbar wird, mit dem anderen Ehegatten nicht mehr zusammenleben zu wollen; getrenntes Schlafen und getrenntes Essen reichen insoweit regelmäßig nicht aus. Selbst wenn die Ehegatten nicht mehr zusammenleben, so ist ein Getrenntleben dann noch nicht ohne weiteres anzunehmen, wenn und solange mit der Fortführung der Wirtschafts- und Lebensgemeinschaft zu rechnen ist.
- der nicht dauernd getrennt lebende Lebenspartner. Eine Lebenspartnerschaft wird begründet, wenn zwei Personen gleichen Geschlechts gegenseitig persönlich und bei gleichzeitiger Anwesenheit vor der zuständigen Behörde erklären, miteinander eine Partnerschaft auf Lebenszeit führen zu wollen (Lebenspartnerinnen und Lebenspartner). Die Lebenspartner sind einander zu Fürsorge und Unterstützung sowie zur gemeinsamen Lebensgestaltung verpflichtet. Eine Lebenspartnerschaft kann nur durch gerichtliches Urteil aufgehoben werden. Nicht eingetragene gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaften bilden grundsätzlich keine Bedarfsgemeinschaft.
- eine Person, die mit dem erwerbsfähigen Leistungsberechtigten in einem gemeinsamen Haushalt so zusammenlebt, dass nach verständiger Würdigung der wechselseitige Wille anzunehmen ist, Verantwortung füreinander zu tragen und füreinander einzustehen. Eine Verantwortungs- und

Einstehensgemeinschaft ist eine auf Dauer angelegte Lebensgemeinschaft zwischen zwei Personen, die so eng ist, dass sie von den Partnern ein gegenseitiges Einstehen im Bedarfsfall erwarten lässt (eheähnliche als auch gleichgeschlechtliche partnerschaftsähnliche Gemeinschaften). Die Gemeinschaft muss somit einer Ehe oder Lebenspartnerschaft ähnlich sein.

Ein wechselseitiger Wille, Verantwortung füreinander zu tragen und füreinander einzustehen, wird vermutet, wenn die Partner

- länger als ein Jahr zusammenleben,
- mit einem gemeinsamen Kind zusammenleben,
- Kinder oder Angehörige im Haushalt versorgen oder
- befugt sind, über Einkommen oder Vermögen des anderen zu verfügen.

Eine Verantwortungs- und Einstehensgemeinschaft kann nur als aufgelöst angesehen werden, wenn das Zusammenleben in einer Wohnung tatsächlich beendet wird. Das Vorliegen einer Verantwortungs- und Einstehensgemeinschaft kann immer dann unterstellt werden, wenn im Antrag auf Kindergeld bzw. Kinderzuschlag die Anschrift des Antragstellers und des anderen Elternteils eines gemeinsamen Kindes übereinstimmen.

b) unverheiratete Kinder des Berechtigten oder seines Partners bis zur Vollendung des 25. Lebensjahres, soweit sie nicht aus eigenem Einkommen oder Vermögen die Leistungen zur Sicherung ihres Lebensunterhalts beschaffen können. Damit sind Kinder, die sich selbst unterhalten können, nicht Teil der Bedarfsgemeinschaft, auch wenn sie im Haushalt der Eltern leben. Auch Ehegatten, die getrennt leben und im Haushalt der Eltern wohnen, sind nicht Teil der Bedarfsgemeinschaft.

(2) ¹Unter 25-jährige unverheiratete Kinder, die im Haushalt ihrer Eltern leben, gehören grundsätzlich zu deren Bedarfsgemeinschaft. ²Leben sie im Haushalt der Eltern mit eigenem Kind und/oder einem Partner in einer eheähnlichen Gemeinschaft, entsteht eine Konkurrenzsituation, da sie grundsätzlich auch mit ihrem Kind und/oder Partner eine Bedarfsgemeinschaft bilden (siehe auch Fachliche Hinweise zu § 7 SGB II).

³Unter 25 Jahre alte unverheiratete Kinder sind der Bedarfsgemeinschaft ihrer Eltern zuzuordnen, wenn sie

- mit ihren erwerbsfähigen Eltern oder einem erwerbsfähigen Elternteil im gemeinsamen Haushalt wohnen,

- nicht erwerbsfähig sind und mit ihrem eigenen Kind im Haushalt der Eltern leben (das eigene Kind gehört nicht zur Bedarfsgemeinschaft; es hat dem Grunde nach Anspruch auf Leistungen nach dem SGB XII) oder
- selbst erwerbsfähig, also mindestens 15 Jahre alt sind, und mit ihren nicht erwerbsfähigen Eltern oder mit nur einem nicht erwerbsfähigen Elternteil im gemeinsamen Haushalt wohnen (durch das Kind über § 7 Abs. 3 Nr. 2 gebildete Bedarfsgemeinschaft).


⁴Ein Kind gehört nicht mehr zur Bedarfsgemeinschaft der Eltern, wenn es

- verheiratet ist,
- das 25. Lebensjahr vollendet,
- seinen Lebensunterhalt aus eigenem Einkommen und Vermögen bestreiten kann,
- mit einem Partner im Haushalt der Eltern lebt,
- mit einem Partner und mit seinem oder dem Kind des Partners im Haushalt der Eltern lebt oder
- erwerbsfähig ist und selbst ein Kind hat.

(3) ¹Im Ausland lebende Personen sind nicht der Bedarfsgemeinschaft zuzurechnen. ²Für diese Personen wird kein Bedarf nach dem SGB II in Ansatz gebracht. ³Das Kindergeld für die nicht in Deutschland lebenden Kinder wird dem in Deutschland lebenden Elternteil zugerechnet. ⁴Dies gilt nicht, wenn nachgewiesen wird, dass das Kindergeld an die im Ausland lebenden Kinder weitergeleitet oder im Rahmen einer Abzweigung an die im Ausland lebenden Kinder ausgezahlt wird.

DA 106a.142 Hilfebedürftigkeit

(1) ¹Die Feststellung der Bedürftigkeit nach § 9 SGB II ergibt sich aus der Gegenüberstellung des Bedarfs der Bedarfsgemeinschaft (Regelsatz, Bedarfe für Unterkunft und Heizung, Mehr- und Sonderbedarfszuschläge) und dem zu berücksichtigenden Einkommen der Bedarfsgemeinschaft. ²Die Bedarfe für Leistung für Bildung und Teilhabe nach § 28 SGB II bleiben unberücksichtigt. ³Einmalige Bedarfe nach § 24 Abs. 3 SGB II und Zuschüsse nach § 26 Abs. 2 SGB II werden nicht berücksichtigt. ⁴Übersteigt der Bedarf das einzusetzende Einkommen, wird insoweit - also in Höhe des Unterschiedsbetrags - Alg II gewährt, soweit



der Bedarf nicht noch aus dem verwertbaren Vermögen gedeckt werden kann.⁵Das zu berücksichtigende Einkommen ist also voll auf den festgestellten Bedarf anzurechnen; als Alg II wird nur der Unterschiedsbetrag zwischen dem zu berücksichtigenden Einkommen und dem Bedarf gewährt.

⁵Die Gewährung einer einmaligen Leistung nach § 22 SGB II sowie einer Leistung nach § 24 Abs. 3 SGB II und die Gewährung eines Zuschusses für eine angemessene Kranken- und Pflegeversicherung nach § 26 Abs. 2 SGB II ist möglich, auch wenn die vorrangigen Leistungen Kinderzuschlag und/oder Wohngeld bezogen werden.

(2) ¹Soweit der Kindergeldberechtigte die Kinder nur zu 50 Prozent bei sich im Haushalt hat, wird bei der Bedarfsermittlung der halbe Regelsatz für die Kinder und der halbe Mehrbedarf für Alleinerziehung angesetzt, die Bedarfe für Unterkunft und Heizung werden in voller Höhe berücksichtigt. ²Entsprechend wird auch bei der Berechnung der Bemessungsgrenze nur der halbe Mehrbedarf für Alleinerziehende berücksichtigt. ³Das Kindergeld wird bei der Prüfung, ob Hilfebedürftigkeit vermieden wird, in voller Höhe berücksichtigt, es sei denn es wird nachgewiesen, dass das hälftige Kindergeld an den anderen Elternteil gezahlt wird.

DA 106a.143 Wahlrecht bei Mehrbedarf

(1) ¹Soweit für Mitglieder einer Bedarfsgemeinschaft das Arbeitslosengeld II oder das Sozialgeld um Leistungen für Mehrbedarfe beim Lebensunterhalt nach § 21 und § 23 Nr. 2 bis 4 des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch erhöht wird, steigt damit zugleich der Einkommensbetrag an, der erreicht werden muss, um Hilfebedürftigkeit zu vermeiden und den Kinderzuschlag in Anspruch nehmen zu können. ²Dies betrifft z. B. Alleinerziehende, Behinderte und Personen, die einer kostenaufwändigen Ernährung bedürfen. ³Es besteht ein Wahlrecht zwischen der Inanspruchnahme von Kinderzuschlag und Leistungen der Grundsicherung nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch, wenn bei der Berechnung des Kinderzuschlags nur ohne Berücksichtigung von zustehenden Mehrbedarfen Hilfebedürftigkeit nach dem SGB II vermieden wird.

⁴Sollte bereits unter Berücksichtigung der Mehrbedarfe mit dem errechneten Kinderzuschlag und evtl. zustehendem Wohngeld der Gesamtbedarf SGB II gedeckt sein, besteht kein Wahlrecht.

(2) ¹Das Wahlrecht besteht für Personen, die einen Anspruch auf Mehrbedarfe nach § 21 SGB II oder § 23 Nr. 2 - 4 SGB II haben, Hilfebedürftigkeit aber nur bei Nichtberücksichtigung der zustehenden Mehrbedarfe vermieden wird und

- kein Mitglied der Bedarfsgemeinschaft Leistungen nach dem SGB II oder SGB XII beantragt hat oder erhält oder
- bei Vorbezug von Leistungen nach dem SGB II / SGB XII alle volljährigen Mitglieder der Bedarfsgemeinschaft auf diese Leistungen verzichten. § 46 Abs. 2 SGB I ist nicht anzuwenden.

(3) ¹Der Verzicht ist gegenüber dem SGB II - Träger oder der Familienkasse zu erklären. ²Der Verzicht wirkt nur für die Zukunft. ³Das heißt, die künftig fällig werdenden Einzelansprüche erlöschen. ⁴Es werden allein die noch nicht erbrachten Leistungsansprüche erfasst.

⁵Mit Zugang der Verzichtserklärung entfällt i. d. R. ab dem Folgemonat des Verzichts die Zahlung von Leistungen nach dem SGB II / SGB XII für den Zeitraum der Gewährung von Kinderzuschlag.

Beispiel

Kinderzuschlag wird am 15.10.2011 beantragt, nach erfolgter Berechnung wird von der Familienkasse die erforderliche Verzichtserklärung angefordert. Diese wird am 30.12.2011 in den Briefkasten eingeworfen. Nachdem der Träger der Grundsicherung seine Leistung für Januar 2012 bereits am 30.12.2011 erbracht hat (Zufluss), wirkt der Verzicht erst ab Februar 2012. Kinderzuschlag kann damit erst ab Februar 2012 bewilligt werden.

⁶Die Träger unterrichten sich gegenseitig über das Vorliegen einer Verzichtserklärung. ⁷Das Original der Erklärung ist stets zur Akte des Trägers der Grundsicherung zu nehmen. ⁸Eine Kopie verbleibt in der Akte der Familienkasse.

⁹Die Zahlung von Kinderzuschlag kommt nur in Betracht, wenn jedes volljährige Mitglied einer Bedarfsgemeinschaft mit seiner Unterschrift den Verzicht auf Leistungen nach dem SGB II/SGB XII erklärt hat. Dies gilt auch für unter 25 Jahre alte Kinder in der Bedarfsgemeinschaft, für die kein Anspruch auf Kindergeld und Kinderzuschlag besteht.

¹⁰Elternteile verzichten mit ihrer Unterschrift für sich und als gesetzliche Vertreter auch für ihre minderjährigen Kinder in der Bedarfsgemeinschaft.


(4) ¹Der Verzicht ist jederzeit mit Wirkung für die Zukunft (mit Auswirkung ab Folgemonat) widerrufbar. ²Der Widerruf ist an keine Form gebunden. ³Er kann auch durch einen Antrag auf Leistungen nach dem SGB II eines Mitglieds der Bedarfsgemeinschaft erfolgen.

⁴Die Familienkasse und die Träger der Grundsicherung unterrichten sich gegenseitig über den Widerruf.

(5) ¹Die Familienkasse berechnet die Höhe des möglichen Anspruches auf Kinderzuschlag und weist die Antragsteller auf die Möglichkeit eines Verzichts auf Leistungen nach dem SGB II hin. ²Über die Auswirkungen bzw. Folgen dieses Verzichts haben die Träger der Grundsicherung zu beraten.

(6) ¹Die Höhe des Kinderzuschlags ergibt sich aus der erfolgten Berechnung unter Berücksichtigung der Mehrbedarfe. ²Eine erneute Berechnung ohne Berücksichtigung der Mehrbedarfe hat nicht zu erfolgen.

(7) ¹In den Fällen, in denen kein Mitglied der Bedarfsgemeinschaft Leistungen nach dem SGB II oder SGB XII beantragt hat oder erhält (kein Alg II – Vorbezug), ist der Kinderzuschlag zu bewilligen, wenn die sonstigen Voraussetzungen für den Kinderzuschlag erfüllt sind und Hilfebedürftigkeit bis auf die Mehrbedarfe vermieden werden kann. ²Ein



Verzicht auf Leistungen nach dem SGB II oder SGB XII ist nicht erforderlich. ³Im Bewilligungsbescheid sind die Betroffenen auf die Möglichkeit hinzuweisen, statt des Kinderzuschlags einen gegebenenfalls betragsmäßig höheren SGB II-Anspruch geltend machen zu können. ⁴Dies gilt nicht, wenn der Gesamtbedarf bereits unter Berücksichtigung der zustehenden Mehrbedarfe durch den errechneten Kinderzuschlag und evtl. zustehendes Wohngeld gedeckt ist.

DA 106a.2 Kinderzuschlag und Gesamtkinderzuschlag

DA 106a.21 Kinderzuschlag

(1) ¹Der Kinderzuschlag wird für jedes zu berücksichtigende Kind einzeln berechnet und beträgt pro Kind bis zu 140,00 Euro monatlich. ²Er wird um das zu berücksichtigende Einkommen/Vermögen des Kindes nach § 6a Abs. 3 BKGG voll gemindert (vgl. DA 106a.3). ³Der so errechnete Betrag ist der Kinderzuschlag. ⁴Eine Minderung um das Elterneinkommen/-vermögen findet erst beim Gesamtkinderzuschlag statt.

(2) Der Kinderzuschlag ist nach Anrechnung von Einkommen und Vermögen nach § 11 Abs. 2 BKGG zu runden.

(3) Ausländische Währungen sind zum Kurswert zum Zeitpunkt des Zuflusses der Einnahmen in Euro umzurechnen.

DA 106a.22 Gesamtkinderzuschlag

¹Der Gesamtkinderzuschlag setzt sich aus der Summe aller - ggf. wegen Kindeseinkommens oder Kindesvermögens geminderten - Kinderzuschläge zusammen. ²Bei Berechtigten mit einem Kind entspricht der Kinderzuschlag dem Gesamtkinderzuschlag. ³Der Gesamtkinderzuschlag - der ggf. nach § 6a Abs. 4 BKGG zu mindern ist - wird für volle Kalendermonate gezahlt (siehe auch DA 105).

DA 106a.23 Bewilligungsabschnitt

(1) ¹Der Kinderzuschlag wird für einen Zeitraum von grundsätzlich sechs Monaten bewilligt. ²Dies gilt auch bei schwankendem Einkommen. ³Der Bewilligungsabschnitt sollte 12 Monate betragen, wenn eine Veränderung der Verhältnisse in diesem Zeitraum nicht zu erwarten ist.

⁴Der Bewilligungsabschnitt kann unter Umständen kürzer als sechs Monate sein. ⁵Beendet z.B. während des Sechs-Monats-Zeitraum ein Kind das 25. Lebensjahr, so ist der Bewilligungsabschnitt entsprechend zu verkürzen. ⁶Bei feststehenden Änderungen (z.B. anderer Regelsatz des Kindes wegen Erreichens einer neuen Altersstufe) sollte eine Differenzierung in der Bewilligung erfolgen. ⁷Wird der Antrag auf Kinderzuschlag nicht im Antragsmonat bearbeitet, so verlängert sich der Bewilligungsabschnitt nicht um die Bearbeitungszeit. ⁸Hier ist vielmehr für den zurückliegenden Zeitraum abschließend zu entscheiden und eine Entscheidung für den laufenden Bewilligungsabschnitt zu treffen. ⁹Legt der Berechtigte gegen die Entscheidung der Familienkasse Widerspruch ein, so ist zwischen dem Bewilligungsabschnitt bis zur Entscheidung der Familienkasse über den Widerspruch

und dem Zeitraum ab dem Folgemonat dieser Entscheidung zu unterscheiden. ¹⁰Die Zeit bis zur Widerspruchsentscheidung ist in Bewilligungsabschnitte von grundsätzlich 6 Monaten aufzuteilen mit der Folge, dass der Widerspruchsentscheidung das entsprechende Durchschnittseinkommen der jeweiligen Bewilligungsabschnitte zugrunde zu legen ist. ¹¹Für die Widerspruchsentscheidung bedeutet dies, dass für die unterschiedlichen Bewilligungsabschnitte unterschiedliche Entscheidungen möglich sind (Ablehnung, Stattgabe, Teilstattgabe).

(2) ¹Grundsätzlich wirkt ein Antrag auf Kinderzuschlag unbefristet; es sei denn, der Antragsteller beschränkt seinen Antrag auf einen bestimmten Zeitraum.

²Wurde einem unbefristeten Antrag auf Kinderzuschlag für einen Bewilligungszeitraum entsprochen, erfolgte damit lediglich eine befristete Bewilligung. ³Der ursprünglich gestellte Antrag auf Kinderzuschlag wirkt fort. ⁴Nach Ablauf des Bewilligungsabschnitts ist deshalb von Amts wegen über den weiteren Anspruch auf Kinderzuschlag zu entscheiden.

⁵In Fällen einer unbefristeten Bewilligung und dem Nichteinreichen eines Überprüfungsfragebogens ist die Bewilligung nach einer erfolgten Anhörung gem. § 24 SGB X rückwirkend gem. § 48 Abs. 1 Satz 2 Nr. 2 SGB X von dem Monat an aufzuheben, ab dem keine sichere Erkenntnis mehr vorliegt, dass die Anspruchsvoraussetzungen auf Kinderzuschlag erfüllt sind.

(3) ¹Die Bewilligung erfolgt bei Einkommen aus selbständiger Erwerbstätigkeit, Gewerbebetrieb, Land- und Forstwirtschaft sowie schwankendem Einkommen unter dem Vorbehalt der Prüfung und Rückforderung gemäß § 32 SGB X. ²Dem Bewilligungsabschnitt ist ein monatliches Durchschnittseinkommen zugrunde zu legen. ³Dabei ist als monatliches Durchschnittseinkommen für jeden Monat der Teil des Einkommens zu berücksichtigen der sich bei Teilung des Gesamteinkommens durch die Anzahl der Monate ergibt.

⁴Nach Ablauf des Bewilligungsabschnitts ist das tatsächliche Durchschnittseinkommen (Bruttoeinkommen) zu ermitteln und dem Durchschnittseinkommen gegenüber zu stellen, das der vorläufigen Entscheidung zugrunde gelegt wurde. ⁵Übersteigt das tatsächliche Durchschnittseinkommen das „vorläufige“ Durchschnittseinkommen um nicht mehr als 20,00 Euro (§ 2 Abs. 3 letzter Satz Alg II-V), verbleibt es bei der vorläufigen Entscheidung. ⁶In anderen Fällen ist die Bewilligung des Kinderzuschlags im Rahmen der abschließenden Entscheidung entsprechend zu korrigieren.

Beispiel

Das dem Bewilligungsabschnitt zugrunde gelegte „vorläufige“ Durchschnittseinkommen beträgt 1.150,00 Euro. Es errechnete sich ein monatlicher Kinderzuschlag in Höhe von 50,00 Euro. Nach Ablauf des Bewilligungsabschnitts wird das tatsächliche Durchschnittseinkommen in Höhe von 1.140,00 Euro festgestellt. Der Kinderzuschlag beträgt nunmehr 55,00 Euro. Kinderzuschlag ist somit für den Bewilligungsabschnitt nachzuzahlen.

(4) ¹Bei einer Erstantragstellung ist bei schwankendem Einkommen bzw. bei Einkommen aus selbständiger Erwerbstätigkeit ein Durchschnittseinkommen in der Regel aus den Einnahmen der letzten drei Monaten vor Antragstellung zu bilden. ²Zugleich ist vom Antragsteller eine Erklärung abzugeben, nach der sich die Einkommensverhältnisse im Antragsmonat nicht wesentlich verändern werden. ³Damit soll eine hinreichend sichere Prognose für den Bewilligungsabschnitt gebildet werden.

⁴Einmalige Einnahmen sind in dem Monat, in dem sie zufließen, zu berücksichtigen. ⁵Sofern für den Monat des Zuflusses bereits Leistungen ohne Berücksichtigung der einmaligen Einnahme erbracht worden sind, werden sie im Folgemonat berücksichtigt. ⁶Entfiel der Leistungsanspruch durch die Berücksichtigung in einem Monat, ist die einmalige Einnahme auf einen Zeitraum von sechs Monaten gleichmäßig aufzuteilen und monatlich mit einem entsprechenden Teilbetrag zu berücksichtigen (vgl. § 11 Abs. 3 SGB II).

⁷Sollte sich bei Zugrundelegung des Durchschnittseinkommens kein Anspruch auf Kinderzuschlag errechnen, ist vor einer Ablehnung der Antragsmonat gesondert zu berechnen. ⁸Sollte sich auch hier kein Anspruch errechnen, ist der Kinderzuschlag abzulehnen und auf Alg II zu verweisen. ⁹Besteht jedoch ein Anspruch auf Kinderzuschlag, kann Kinderzuschlag für einen Monat oder auch für einen Zeitraum bewilligt werden.

¹⁰Bei einer Wieder- bzw. Weiterbewilligung wird das monatliche Durchschnittseinkommen in der Regel aus den monatlichen Einnahmen der letzten sechs Monate gebildet. ¹¹ Sollte der Einkommensnachweis des letzten Monats noch nicht vorliegen, kann bei konstantem oder nur unerheblich schwankendem Einkommen das Durchschnittseinkommen aus den vorliegenden Nachweisen gebildet werden.

(5) ¹In Fällen fehlender Mitwirkung ist vom Rückforderungsvorbehalt Gebrauch zu machen. ²Der Kinderzuschlag ist für den Bewilligungsabschnitt zurückzufordern. ³Bewilligungen ohne Rückforderungsvorbehalt sind bei fehlender Mitwirkung nach einer erfolgten Anhörung gem. § 24 SGB X rückwirkend gem. § 48 Abs. 1 Satz 2 Nr. 2 SGB X aufzuheben. ⁴Die Rückforderung erfolgt jeweils von dem Monat an, ab dem keine sichere Erkenntnis mehr

vorliegt, dass die Anspruchsvoraussetzungen auf Kinderzuschlag erfüllt sind. ⁵Zugleich ist der Kinderzuschlag gem. § 66 SGB I ab dem Monat, ab dem noch keine Entscheidung getroffen wurde (Monat nach Ablauf des Bewilligungsabschnitts), zu versagen.

⁶Erfolgt die Mitwirkung nach Ablauf des Bewilligungsabschnitts, ist bei Vorliegen der Anspruchsvoraussetzungen Kinderzuschlag weiterhin zu bewilligen, sofern der Kinderzuschlag ab dem Folgemonat noch nicht versagt wurde.

⁷Wurde der Kinderzuschlag bereits bestandskräftig versagt, ist bei Nachholung der Mitwirkung und bei Vorliegen der Anspruchsvoraussetzungen Kinderzuschlag von dem Monat zu bewilligen, in dem die Mitwirkung nachgeholt wird. Inwieweit Kinderzuschlag für den davor liegenden Zeitraum nachgezahlt werden kann, ist unter Ausübung des pflichtgemäßen Ermessens zu entscheiden. ⁸Dabei sind die Gründe für die zunächst unterbliebene Mitwirkung zu berücksichtigen (§ 67 SGB I).


(6) ¹Wird der Kinderzuschlag unter dem Vorbehalt der Rückforderung nach § 32 SGB X bewilligt und legt der Berechtigte während des laufenden Bewilligungsabschnittes Widerspruch gegen die Höhe des Kinderzuschlages ein, ist der Widerspruch als unbegründet zurückzuweisen, da die abschließende Überprüfung der Höhe des zustehenden Kinderzuschlages erst nach Ablauf des Bewilligungsabschnittes erfolgt. Anderenfalls würde bei einer abschließenden Entscheidung über den bereits abgelaufenen Teil des Bewilligungsabschnittes das Prinzip des Bewilligungsabschnittes umgangen.

DA 106a.24 Antragstellung

(1) ¹Ein Anspruch auf Kinderzuschlag besteht frühestens ab dem Monat der Antragstellung, soweit die Anspruchsvoraussetzungen erfüllt sind (§ 5 Satz 1 in Verbindung mit § 6a Abs. 2 Satz 4 BKGG)

²Nach § 5 Satz 2 BKGG besteht in Fällen des Verzichts auf Leistungen nach dem SGB II („kleines Wahlrecht“) jedoch frühestens ab dem Folgemonat nach der Antragstellung Anspruch auf Kinderzuschlag, wenn der Träger der Grundsicherung für den Antragsmonat noch Leistungen erbracht hat. ³Voraussetzung ist auch hier, dass alle Anspruchsvoraussetzungen auf Kinderzuschlag nachgewiesen wurden, also auch der Verzicht auf SGB II-Leistungen.

(2) ¹Nach § 6a Abs. 2 Satz 5 BKGG gilt § 28 SGB X mit der Maßgabe, dass der Antrag auf Kinderzuschlag unverzüglich nach Ablauf des Monats, in dem die Ablehnung oder Erstattung der anderen Leistung (hier: Alg II) bestandskräftig geworden ist, nachzuholen ist. ²Eine



fristgemäße Antragstellung auf Kinderzuschlag liegt damit immer vor, wenn spätestens innerhalb eines Monats nach Zugang des Alg II-Ablehnungsbescheides bzw. Aufhebungsbescheides Kinderzuschlag beantragt wird.

DA 106a.3 Minderung des Kinderzuschlags um das Einkommen und Vermögen des Kindes

¹Der Kinderzuschlag mindert sich um das volle nach §§ 11 bis 12 SGB II zu berücksichtigende Einkommen und Vermögen des Kindes. ²Das Kindergeld und das Wohngeld werden jedoch nach § 6a Abs. 3 BKGG (abweichend von § 11 SGB II) nicht als Einkommen berücksichtigt. ³Einkommen und Vermögen des Kindes sind grundsätzlich von dem Antragsteller nachzuweisen und von der Familienkasse festzustellen. ⁴Wurde jedoch bereits im Rahmen einer Alg II- oder Sozialgeldprüfung das Einkommen bzw. Vermögen des Kindes von der zuständigen Stelle festgestellt, kann diese Feststellung von der Familienkasse für den Kinderzuschlag übernommen werden, soweit die Verhältnisse sich seither nicht geändert haben und der Antragsteller die Zustimmung für die Datenübernahme erteilt.

DA 106a.31 Auf den Kinderzuschlag anzurechnendes Einkommen des Kindes

(1) ¹Nach § 6a Abs. 3 BKGG ist - mit Ausnahme des Wohngeldes und des Kindergeldes - das Einkommen des Kindes nach § 11 SGB II auf den Kinderzuschlag anzurechnen. ²Für die Ermittlung und Berechnung des Einkommens gilt grundsätzlich dasselbe wie für die Ermittlung und Berechnung des elterlichen Einkommens (vgl. Fachliche Hinweise zu § 11-11b SGB II).

(2) ¹Kinder haben zumeist jedoch nur bestimmte Arten von Einkünften. ²Typische zu berücksichtigende Einkünfte von Kindern sind z. B. Unterhaltszahlungen, Unterhaltsvorschusszahlungen, Waisenrenten sowie Stipendien. ³Diese Einkünfte der Kinder sind jeweils ohne Abzüge oder Absetzbeträge zu berücksichtigen. ⁴Leistungen der Ausbildungsförderung sind Einkommen. ⁵Dabei werden 20% der Ausbildungsförderung nach dem BAföG als zweckbestimmte Einnahme nicht als Einkommen berücksichtigt. ⁶Werden für Fahrtkosten und Ausbildungsmaterial insgesamt höhere Kosten nachgewiesen, können die die Pauschale nach § 6 Alg II-V übersteigenden Kosten zusätzlich geltend gemacht werden (vgl. Fachliche Hinweise zu § 11-11b SGB II).

⁷Außer Betracht bleiben die Zuflüsse nach DA 63.4.2.2.3.3 Abs. 2 und 3. ⁸Als Einkünfte von erwerbsfähigen Kindern (über 15 Jahren) kommen Ausbildungsvergütungen sowie Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit bei Praktika oder Ferienarbeit usw. in Betracht.

⁹Da der Kinderzuschlag schon bei zu berücksichtigenden Einkünften von 140,00 Euro im Monat entfällt, lässt sich häufig durch überschlägige Berechnung erkennen, ob der Kinderzuschlag auf Null zu mindern ist.

(3) ¹Sofern Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit oder selbstständiger Arbeit im Sinne von §§ 2 und 3 Alg II-V bezogen werden, ist entsprechend der vorgenannten Regelungen ggf. für den Bewilligungsabschnitt des Kinderzuschlags ein Durchschnittseinkommen zu ermitteln. ²Wird in einzelnen Monaten gar kein Arbeitseinkommen bezogen, liegt kein laufendes Einkommen vor. ³Bei anderen Einkunftsarten, wie z.B. Unterhaltsleistungen, ist kein Durchschnittseinkommen zu bilden. ⁴Es ist der tatsächliche monatliche Einkommensbetrag maßgebend.

DA 106a.32 Auf den Kinderzuschlag anzurechnendes Vermögen des Kindes

¹Nach § 6a Abs. 3 BKGG ist das Vermögen des Kindes nach § 12 SGB II auf den Kinderzuschlag anzurechnen. ²Für die Ermittlung und Berechnung des Vermögens gilt grundsätzlich dasselbe wie für die Ermittlung und Berechnung des elterlichen Vermögens (siehe Fachliche Hinweise zu § 12 SGB II). ³Die Freibeträge nach § 12 Abs. 2 SGB II können nur abgesetzt werden, wenn die dort genannten Voraussetzungen erfüllt sind.

DA 106a.33 Minderung des Kinderzuschlags

(1) ¹Der Kinderzuschlag ist um das nach DA 106a.31 und 32 ermittelte Einkommen und Vermögen zu mindern. ²Die Minderung wird in vollem Umfang dieser Beträge vorgenommen.

Beispiel 1

Frau S. beantragt einen Kinderzuschlag. Ihr Sohn Felix ist 16 Jahre und bezieht eine Ausbildungsvergütung, wovon nach § 11 SGB II 90,00 Euro als Einkommen auf den Kinderzuschlag angerechnet werden. Frau S. ist ein Kinderzuschlag in Höhe von 50,00 Euro monatlich zu gewähren (Kinderzuschlag 140,00 Euro abzüglich 90,00 Euro Einkommen).

Beispiel 2

Das Ehepaar K. beantragt einen Kinderzuschlag für ihre Tochter Manuela. Manuela ist im 3. Ausbildungsjahr und bezieht eine Ausbildungsvergütung, wovon ein nach § 11 SGB II zu ermittelndes Einkommen in Höhe von 230,00 Euro auf den Kinderzuschlag anzurechnen ist. Der Antrag auf Kinderzuschlag ist abzulehnen.

(2) ¹Bei wechselndem Einkommen, für das ein Durchschnittseinkommen nicht zu ermitteln ist (vgl. DA 106a.31 Abs. 3), ist die Minderung ggf. für jeden Monat gesondert zu berechnen. ²Vermögen ist auf den Kinderzuschlag anzurechnen, solange es vorhanden ist. ³Ein Kind mit einem zu berücksichtigenden Vermögen von 140,00 Euro kann also erst für einen Anspruch auf Kinderzuschlag berücksichtigt werden, wenn das Vermögen nicht mehr vorhanden ist.

DA 106a.34 Vorrang anderer Leistungen

(1) ¹Der Kinderzuschlag ist hinsichtlich des Verhältnisses zu anderen möglichen Einkünften des Kindes nachrangig. ²Deshalb besteht nach § 6a Abs. 3 Satz 3 BKGG die Verpflichtung des Antragstellers bzw. des Kindes und ggf. seines gesetzlichen Vertreters, zumutbare Anstrengungen zur Verwirklichung solcher Ansprüche zu unternehmen, bevor der Kinderzuschlag in Anspruch genommen wird. ³Hierzu gehören insbesondere die Beantragung vorrangiger Leistungen (z.B. UVG, BAföG, BAB) sowie die zivilrechtliche Geltendmachung und/oder Durchsetzung von Unterhaltsansprüchen gegen Dritte. ⁴Auf diese möglichen anderen Ansprüche, ggf. bei entsprechendem Beratungsbedarf zu Möglichkeiten ihrer Verwirklichung (§ 14 SGB I), ist durch die Familienkassen hinzuweisen. ⁵Die zumutbaren Anstrengungen der Verwirklichung sowie deren eventuelle Erfolglosigkeit sind entsprechend nachzuweisen (z.B. Ablehnungsbescheid). ⁶Für Zeiträume, in denen zumutbare Anstrengungen unterlassen werden, besteht kein Anspruch auf Kinderzuschlag.

(2) ¹Zumutbare Anstrengungen wurden unterlassen, wenn keine Bemühungen erkennbar sind, Unterhaltsansprüche zu realisieren. ²An zumutbaren Anstrengungen hat es z.B. nicht gefehlt für Zeiträume,

- in denen der andere Elternteil Alg II/Sozialgeld oder Sozialhilfe erhält,
- in denen der andere Elternteil arbeitsunfähig oder arbeitslos und deshalb leistungsunfähig ist,
- für die ein Antrag auf Prozesskostenhilfe für eine Unterhaltsklage gegen den anderen Elternteil wegen Aussichtslosigkeit abgewiesen wurde,
- für die ein Schreiben eines mit der Verfolgung des Unterhaltsanspruchs des Kindes beauftragten Rechtsanwaltes vorliegt, aus dem die Aussichtslosigkeit der Rechtsverfolgung hervorgeht,
- für die der Alleinerziehende die Beratung des Jugendamtes nach § 18 SGB VIII in Anspruch genommen und die ihm erteilten Ratschläge befolgt hat,
- in denen eine (ggf. nach Art. 223 EGBGB übergeleitete) Beistandschaft nach § 1712 BGB, ggf. nach Landesrecht, mögliche Vereinsbeistandschaft bestand,
- in denen eine Amtsvormundschaft oder eine für die Aufgabenbereiche Vaterschaftsfeststellung und/oder Geltendmachung von Unterhaltsansprüchen bestellte Amtspflegschaft bestand,

- in denen eine Einzelvormundschaft bzw. -pflegschaft oder eine Vereinsvormundschaft bzw. -pflegschaft für die Aufgabenbereiche Vaterschaftsfeststellung und/oder Geltendmachung von Unterhaltsansprüchen bestand (vgl. §§ 1773, 1791a, 1909 BGB, §§ 53, 54 SGB VIII),
- für die ein vollstreckbarer Unterhaltstitel vorliegt, es sei denn, es wurde versäumt, diesen anzupassen, sofern der andere Elternteil leistungsfähig ist.

(3) An zumutbaren Bemühungen hat es ferner nicht gefehlt, wenn die Vaterschaft des Mannes der zum Zeitpunkt der Geburt des Kindes mit der Mutter verheiratet war, durch Klageerhebung angefochten worden ist und die Mutter bestätigt, mit dem betreffenden Mann in der gesetzlichen Empfängniszeit nicht geschlechtlich verkehrt zu haben.

(4) ¹Die zumutbaren Anstrengungen sind bei der Antragstellung nachzuweisen oder darzulegen. ²Zeitlich weiter zurückliegende Nachweise können nicht akzeptiert werden. Der Nachweis muss sich darauf beziehen, dass zumutbare Anstrengungen im Monat der Antragstellung bzw. unmittelbar davor unternommen wurden und gescheitert sind.

(5) Im Rahmen der Prüfung der Weiterbewilligung sind regelmäßig, mindestens einmal im Jahr, die zumutbaren Anstrengungen zur Verwirklichung von vorrangigen Leistungen zu überprüfen.

DA 106a.4 Berücksichtigung von Einkommen und Vermögen der Eltern, Bemessungsgrenze

(1) ¹Nach § 6a Abs. 4 BKGG besteht ein Anspruch auf einen Gesamtkinderzuschlag in Höhe der Summe der vollen - ggf. um das Einkommen oder Vermögen des Kindes geminderten - Kinderzuschläge für alle zu berücksichtigenden Kinder des Berechtigten, wenn das elterliche Einkommen (vgl. dazu DA 106a.43) in dem Einkommensbereich zwischen Mindesteinkommensgrenze und Bemessungsgrenze (vgl. dazu DA 106a.42) liegt. ²Darüber hinausgehendes elterliches Einkommen und Vermögen mindert den Gesamtkinderzuschlag. ³Die Minderung erfolgt in voller Höhe, soweit es sich nicht um Erwerbseinkünfte der Eltern handelt. ⁴Für je 10,00 Euro, um die die monatlichen Erwerbseinkünfte die Bemessungsgrenze übersteigen, wird der Gesamtkinderzuschlag um 5,00 Euro gemindert. ⁵Besteht das zu berücksichtigende elterliche Einkommen nicht nur aus Erwerbseinkünften, ist davon auszugehen, dass die Überschreitung durch die Erwerbseinkünfte verursacht wird, wenn nicht die Summe der anderen Einkommensteile oder des Vermögens für sich genommen die Bemessungsgrenze übersteigt.

(2) ¹Als elterliches Einkommen gilt nach § 6a Abs. 4 Satz 4 BKGG das Einkommen, das die dort genannten Personen, die mit dem Kind im gemeinsamen Haushalt leben, erzielen. ²Dabei kann es sich um allein erziehende Elternteile, Ehepaare oder eingetragene Lebenspartner sowie in eheähnlichen Gemeinschaften zusammenlebende Paare handeln. ³Es wird also auch das Einkommen und Vermögen einer Person berücksichtigt, die kein Elternteil des Kindes ist, für das Kinderzuschlag beantragt wird, und zwar auch dann, wenn diese Person kein Kindergeld für dieses Kind beanspruchen kann. ⁴Dies kann z. B. der eingetragene Lebenspartner des Kindergeldberechtigten sein, bei dem das Kind nicht als Pflegekind berücksichtigt wird.

(3) ¹Gehört ein unter 25 Jahre altes Kind ohne Kindergeldanspruch zur Bedarfsgemeinschaft, wird das Kindeseinkommen, soweit es nicht für dessen eigenen Bedarf benötigt, nicht dem Einkommen und Vermögen der Eltern zugerechnet. ²Bei der Prüfung der Vermeidung der Hilfebedürftigkeit nach § 6a Abs. 4 BKGG finden die Vorschriften des SGB II Anwendung. ³Hier kann es sein, dass das Einkommen des Kindes den Anspruch auf Alg II der Bedarfsgemeinschaft mindert.

(4) ¹Bezieht das unter 25 Jahre alte Kind eigenes Einkommen, wird das Kindergeld als Einkommen der Eltern berücksichtigt, sofern es nicht für den Bedarf des Kindes benötigt wird. ²Das vom Kind selbst erzielte Einkommen wird nicht als elterliches Einkommen berücksichtigt.

(5) ¹Das Kindergeld für außerhalb der Bedarfsgemeinschaft lebende Kinder ist grundsätzlich Einkommen der Eltern. ²Das Kindergeld ist nur dann nicht als Einkommen der Eltern zu berücksichtigen, wenn die Weiterleitung an das jeweilige Kind nachgewiesen wird. ³Eine Prüfung von Amts wegen ist nicht vorzunehmen.

(6) Das Kindergeld ist in der nach § 66 Abs. 1 EStG bzw. § 6 Abs. 1 BKGG festgelegten Höhe dem jeweiligen Kind zuzuordnen.

²In Fällen der Abzweigung oder Pfändung des Kindergeldes ist die Verteilung entsprechend § 76 EStG/§ 54 SGB I vorzunehmen (vgl. Fachliche Hinweise zu § 11-11b, Rz. 11.51).

DA 106a.40 Einkommen

(1) ¹Für die Minderung des Gesamtkinderzuschlags ist das elterliche Einkommen nach § 11 SGB II maßgebend. ²Die Fachlichen Hinweise zu den §§ 11-11b und 9 SGB II sind zu beachten.

(2) ¹Das für die Minderung des Gesamtkinderzuschlags maßgebende elterliche Einkommen ist demnach in mehreren Schritten zu ermitteln. ²Soweit die Eltern Einnahmen in Geld oder Geldeswert haben, ist zunächst zu bestimmen, ob diese Einnahmen nach §§ 11, 11 a SGB II dem Grunde nach als Einkommen anzusehen sind. ³Von der Summe der danach dem Grunde nach zu berücksichtigenden Einnahmen sind dann die in § 11 b SGB II aufgeführten Absetzbeträge abzuziehen. ⁴Der danach verbleibende Betrag ist das für die Minderung des Gesamtkinderzuschlags maßgebende Einkommen. ⁵Da der Gesamtkinderzuschlag als Monatsbetrag gezahlt wird, ist auch das maßgebliche Einkommen als Monatsbetrag zu ermitteln.

(3) ¹Einnahmen sind nur dann nicht als Einkommen zu berücksichtigen, wenn dies in § 6a Abs. 4 BKGG sowie § 11 Abs. 1 und § 11 a SGB II ausdrücklich bestimmt ist. ²§ 6a Abs. 4 BKGG bestimmt ausdrücklich, dass Wohngeld nicht als Einkommen zu berücksichtigen ist. ³Kindergeld (sowohl nach dem BKGG als auch nach dem EStG) für zur Bedarfsgemeinschaft gehörende Kinder ist nach § 11 Abs. 1 SGB II dem Kind als Einkommen zuzuordnen, soweit es für die Sicherung des Lebensunterhaltes benötigt wird. ⁴Wohngeld und Kindergeld, die den Eltern zufließen, sind daher bei der Bestimmung der Höhe des Gesamtkinderzuschlags bei ihnen nicht als Einkommen zu berücksichtigen.

(4) ¹Die Aufzählung der Absetzbeträge in § 11 b SGB II ist abschließend. ²Dort nicht als Absetzbeträge aufgeführte Belastungen können nicht berücksichtigt werden.

³Zur Berücksichtigung titulierter Unterhaltsansprüche vgl. Fachliche Hinweise zu § 11-11b SGB II, Rz. 11.174. ⁴Es bestehen keine Bedenken, sich im Einzelfall zur Glaubhaftmachung

der Einkünfte die Kontoauszüge der letzten drei Monate vorlegen zu lassen (siehe Bundessozialgericht, Urteil vom 19.02.2009; Az: B 4 AS 10/08 R).

DA 106a.41 Vermögen

(1) ¹Für die Minderung des Gesamtkinderzuschlags ist das elterliche Vermögen nach § 12 SGB II maßgebend. ²Dazu sind die Fachlichen Hinweise zu § 12 SGB II zu beachten.

(2) ¹Das für die Minderung des Gesamtkinderzuschlags maßgebende Vermögen ist demnach in mehreren Schritten zu ermitteln. ²Soweit die Eltern Vermögensgegenstände besitzen, ist zunächst zu bestimmen, ob diese Vermögensgegenstände nach § 12 SGB II dem Grunde nach als Vermögen anzusehen sind. ³Soweit die Vermögensgegenstände zu berücksichtigen sind, ist ihr Verkehrswert zu bestimmen. ⁴Von der Summe der Verkehrswerte sind dann die in § 12 Abs. 2 SGB II aufgeführten Absetzbeträge abzuziehen. ⁵Absetzbeträge für Kinder sind hier nicht (erneut) anzusetzen. ⁶Der danach verbleibende Betrag ist das für die Minderung des Gesamtkinderzuschlags maßgebende Vermögen.

(3) ¹Der Kinderzuschlag kann bei nicht sofortiger Vermögensverwertung nicht in Form eines Darlehens gewährt werden. ²Liegt berücksichtigungsfähiges Vermögen vor, bei dem ein sofortiger Zugriff bzw. eine sofortige Verwertung nachweislich nicht möglich ist, ist der Kinderzuschlag bei Vorliegen der sonstigen Anspruchsvoraussetzungen für einen Bewilligungsabschnitt zu gewähren. ³Danach ist jeweils erneut die Verwertung des Vermögens zu prüfen.

DA 106a.42 Bemessungsgrenze

(1) ¹Die Bemessungsgrenze nach § 6a Abs. 4 Satz 1 und 2 BKGG ist erreicht, wenn das elterliche Einkommen oder Vermögen einem Betrag in Höhe des ohne Kinder jeweils maßgeblichen Alg II nach § 20 Abs. 2 - 4 SGB II oder des Sozialgeldes nach § 23 Nr. 1 SGB II entspricht. ²Das sind die Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhaltes (Regelleistungen und ggf. Mehrbedarf) einschließlich der angemessenen Bedarfe für Unterkunft und Heizung. ³Einmalige Bedarfe gemäß § 24 Abs. 3 SGB II sind nicht anzusetzen. ⁴Die Bemessungsgrenze ist somit die Summe

- der pauschalierten Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhaltes (Regelleistung nach § 19 SGB II bzw. § 23 Nr. 1 SGB II und Leistungen für Mehrbedarfe gemäß § 21 SGB II bzw. § 23 Nr. 2 - 4) sowie

- die angemessenen Bedarfe für Unterkunft und Heizung im Sinne von § 22 SGB II.

(2) ¹Die pauschalisierten Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhaltes sind ab 01.01.2012 folgendermaßen bemessen:

Alleinstehende Elternteile	374,00Euro
Elternpaare (2 x 337 Euro)	674,00 Euro
Kinder ab Vollendung des 18. Lebensjahres bis zur Vollendung des 25. Lebensjahres	299,00 Euro
Kinder ab Beginn des 15. Lebensjahre bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres	287,00 Euro
Kinder ab Beginn des 7. Lebensjahres bis zur Vollendung des 14. Lebensjahres	251,00 Euro
Kinder bis zur Vollendung des 6. Lebensjahres	219,00 Euro

(3) ¹Leistungen für Unterkunft und Heizung werden nach § 22 SGB II in Höhe angemessener tatsächlicher Aufwendungen erbracht. ²Bei der Berücksichtigung der Wohnkosten ist also von der tatsächlichen Warmmiete auszugehen, soweit sie angemessen ist. ³Angemessen ist die Miete, wenn sie den vom örtlich zuständigen kommunalen Träger (§ 6 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 SGB II) festgelegten Betrag nicht übersteigt. ⁴Übersteigt jedoch die Miete diesen angemessenen Betrag, wird nur letzterer berücksichtigt. ⁵Dabei ist das Verwaltungsverfahren einschließlich etwaiger Ermessensentscheidungen der jeweiligen kommunalen Träger zu übernehmen.

⁶Nach § 22 Abs. 1 Satz 2 SGB II ist die tatsächliche Miete als Bedarf so lange zugrunde zu legen, wie es der Bedarfsgemeinschaft nicht möglich oder zuzumuten ist, durch einen Wohnungswechsel die Kosten zu senken, in der Regel jedoch längstens für sechs Monate.

⁷Das bedeutet, dass für die ersten sechs Monate des Leistungsbezuges (Arbeitslosengeld II oder Kinderzuschlag) die tatsächliche Miete und vom 7. Leistungsmonat an nur noch die angemessene Miete der Berechnung des Kinderzuschlags zugrunde zu legen ist.

⁸Um die anteiligen Wohnkosten für die Eltern zu ermitteln und von der zu berücksichtigenden Miete abzuziehen, ist der jeweilig letzte Existenzminimumbericht der Bundesregierung (zur Zeit 8. Existenzminimumbericht für das Jahr 2012, BT-Drucksache 17/5550) zugrunde zu legen. ⁹Danach beträgt der Wohnbedarf Alleinstehender jährlich 3.408,00 Euro, derjenige von Elternpaaren im Sinne von § 6a Abs. 4 Satz 4 BKGG jährlich 5.208,00 Euro und von minderjährigen, zur Bedarfsgemeinschaft zählenden Kindern jährlich 1.056,00 Euro. ¹⁰Der Wohnanteil eines volljährigen Kindes ist wie derjenige eines minderjährigen Kindes anzusetzen. ¹¹Hieraus ergeben sich folgende Wohnanteile des Elternteiles/der Eltern:

Alleinstehende Elternteile mit	Wohnbedarf in Euro	Wohnanteil des Elternteils in %	Elternpaar mit	Wohnbedarf in Euro	Wohnanteil der Eltern in %
1 Kind	4.464	76,34	1 Kind	6.264	83,14
2 Kindern	5.520	61,74	2 Kindern	7.320	71,15
3 Kindern	6.576	51,82	3 Kindern	8.376	62,18
4 Kindern	7.632	44,65	4 Kindern	9.432	55,22
5 Kindern	8.688	39,23	5 Kindern	10.488	49,66
6 Kindern	9.744	34,98	6 Kindern	11.544	45,11
7 Kindern	10.800	31,56	7 Kindern	12.600	41,33
8 Kindern	11.856	28,74	8 Kindern	13.656	38,14
9 Kindern	12.912	26,39	9 Kindern	14.712	35,40
10 Kindern	13.968	24,40	10 Kindern	15.768	33,03

Beispiel

Ein Elternpaar mit 2 minderjährigen Kindern ohne eigenes Einkommen zahlt für seine Wohnung monatlich 800,00 Euro Warmmiete. Die angemessene Warmmiete beträgt 700 Euro. Als Wohnbedarf sind 71,15 % von 700,00 Euro zugrunde zu legen (= 498,05 Euro).

¹²Unabweisbare Instandhaltungs- und Reparaturkosten bei selbst genutztem Wohneigentum werden als Bedarf für die Unterkunft anerkannt, soweit diese unter Berücksichtigung der im laufenden sowie den darauffolgenden elf Kalendermonaten anfallenden Aufwendungen insgesamt angemessen sind.

¹³Der Bedarf für Warmwassererzeugung ist in den Bedarfen für Unterkunft und Heizung enthalten, wenn die Warmwasseraufbereitung zentral erfolgt.

(4) ¹Gemäß §§ 21, 23 Nr. 2-4 SGB II werden typisierte Mehrbedarfe anerkannt, die nicht von der Regelleistung gedeckt sind. ²Hierzu gehören Mehrbedarfe für

- werdende Mütter ab der 13. Schwangerschaftswoche,
- allein erziehende Elternteile,
- erwerbsfähige behinderte Leistungsberechtigte, die Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben gemäß § 33 SGB IX sowie sonstige Hilfen zur Erlangung eines geeigneten Platzes im Arbeitsleben oder Hilfe zur Ausbildung für eine sonstige angemessene Tätigkeit erhalten sowie
- erwerbsfähige Leistungsberechtigte, die aus medizinischen Gründen einer aufwändigen Ernährung bedürfen,
- Leistungsberechtigte, soweit im Einzelfall ein unabweisbarer, laufender, nicht nur einmaliger besonderer Bedarf besteht,
- die Erzeugung von Warmwasser durch in der Unterkunft installierte Vorrichtungen (dezentrale Warmwassererzeugung), wenn deshalb keine Bedarfe für zentral bereitgestelltes Warmwasser nach § 22 SGB II anerkannt werden. Der Mehrbedarf beträgt für jede im Haushalt lebende leistungsberechtigte Person:

Alleinstehende Elternteile (2,3 % des Regelbedarfs von 374,00	8,60 Euro
--	-----------

Euro)	
Elternpaare (2 x 2,3 % des Regelbedarfs von 337,00 Euro)	15,50 Euro
Kinder ab Vollendung des 18. Lebensjahres bis zur Vollendung des 25. Lebensjahres (2,3 % des Regelbedarfs von 299,00 Euro)	6,88 Euro
Kinder ab Beginn des 15. Lebensjahre bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres (1,4 % des Regelbedarfs von 287,00 Euro)	4,02 Euro
Kinder ab Beginn des 7. Lebensjahres bis zur Vollendung des 14. Lebensjahres (1,2 % des Regelbedarfs von 251,00 Euro)	3,01 Euro
Kinder bis zur Vollendung des 6. Lebensjahres (0,8 % des Regelbedarfs von 219,00 Euro)	1,75 Euro

- nichterwerbsfähige Hilfebedürftige, die voll erwerbsgemindert nach dem SGB VI sind und einen Ausweis nach § 69 Abs. 5 SGB IX und dem Merkzeichen „G“ besitzen.

³Die Summe der insgesamt zu zahlenden Mehrbedarfe darf gemäß § 21 Abs. 8 SGB II die Höhe der jeweils zustehenden Regelleistung nicht übersteigen. ⁴Zur Ermittlung der Mehrbedarfe und deren Höhe siehe im Übrigen die Fachlichen Hinweise zu § 21 SGB II. ⁵Die Mehrbedarfe sind taggenau zu ermitteln, vgl. insbesondere Fachlichen Hinweise zu § 21 SGB II.

⁶Der Kinderbetreuungszuschlag nach § 14b BAföG und der Mehrbedarf wegen Alleinerziehung sind beide unabhängig voneinander zu gewähren und schließen sich nicht gegenseitig aus.

(5) ¹Für die Mehrbedarfe nach § 23 Nr. 2-4 SGB II gelten die Fachlichen Hinweise zu § 21 SGB II entsprechend.

(6) ¹Lebt ein Angehöriger mit in der Wohnung, der nicht zur Bedarfsgemeinschaft gehört, z.B. ein minderjähriges Kind, das sich aufgrund von eigenem Einkommen selbst unterhalten kann, oder die Großmutter, wird ein Kopfteil der Miete errechnet und von der Gesamtmiete abgezogen. ²Anschließend ist der auf die Eltern entfallende Anteil aus der Tabelle gemäß Abs. 3 zu entnehmen.

Beispiel

Im Haushalt der Familie R. aus Brandenburg leben das Ehepaar R., 2 Töchter und die Großmutter. Die monatliche Belastung durch die Warmmiete beträgt 605,00 Euro.

Die Großmutter gehört nicht zur Bedarfsgemeinschaft. Ihr Wohnanteil muss zunächst abgezogen werden.

$$\frac{605,00 \text{ Euro}}{5} = 121,00 \text{ Euro}$$

Es verbleibt eine angemessene Miete von 484,00 Euro (605,00 Euro – 121,00 Euro). Anschließend ist der Wohnanteil der Eltern zu ermitteln. Dieser beträgt bei einem Elternpaar mit 2 Kindern 71,15 %. Die zu berücksichtigende Miete liegt somit bei 344,37 Euro.

(7) Soweit ein über 18 Jahre altes Kind ohne Kindergeldanspruch in der Bedarfsgemeinschaft lebt und das eigene Einkommen dessen Bedarf nicht deckt, ist der prozentuale Wohnbedarf der Eltern/des Elternteils sowie ein eventueller Mehrbedarf wegen Alleinerziehung ohne dieses Kind zu berechnen.

Beispiel

Alleinerziehende Mutter lebt mit Kindern (16 und 19 Jahre) in einer Bedarfsgemeinschaft. Der Mutter steht ein Mehrbedarf für Alleinerziehung gem. § 21 Abs. 3 Nr. 2 SGB II in Höhe von 12% der Regelleistung von 374,00 Euro (= 44,88 Euro) zu.

(8) ¹Die Bemessungsgrenze kann sich durch Änderungen bei den Leistungen nach §§ 19 ff SGB II, z.B. durch Mietänderungen, durch Wegfall oder Hinzutreten von Mehrbedarfen, durch Vergrößerungen oder Verkleinerungen der Bedarfsgemeinschaften ändern. ²Eine Überprüfung der Bemessungsgrenze ist vorzunehmen, wenn derartige Änderungen eintreten, und zwar auch dann, wenn eine Überprüfung des Einkommens und Vermögens nicht erforderlich ist.

Beispiel

Das Ehepaar M. aus Hamburg hat ein Kind und zahlt eine monatliche angemessene Warmmiete von 612,00 Euro. Zur Feststellung des individuellen Bedarfs des Ehepaars M. muss der Wohnanteil des Kindes aus der monatlichen Warmmiete herausgerechnet werden.

Nach dem Existenzminimumbericht für das Jahr 2012 betragen die Unterkunft- und Heizkosten für ein Ehepaar mit einem Kind monatlich 83,14 % der angemessenen Warmmiete. Die zu berücksichtigenden Wohnkosten betragen somit 508,82 Euro. Die Bemessungsgrenze liegt deshalb bei 1.182,82Euro (Bedarf von 674,00 Euro + 508,82 Euro anteilige Warmmiete).

Im Juli 2005 wird ein weiteres Kind geboren. Die Wohnung wird beibehalten und die monatliche Mietbelastung ändert sich nicht. Die nunmehr zu berücksichtigen Wohnkosten betragen 71,15 % der Warmmiete, das sind 435,44 Euro; die Bemessungsgrenze liegt bei 1.109,44Euro (674,00 Euro + 435,44 Euro).

DA 106a.43 Ungeminderter Gesamtkinderzuschlag

¹Nach § 6a Abs. 4 BKGG wird die Summe der ggf. nach § 6a Abs. 3 BKGG um das Kindeseinkommen oder –vermögen geminderten Kinderzuschläge als ungeminderter Gesamtkinderzuschlag ausgezahlt, wenn das elterliche Einkommen und Vermögen in dem Einkommensbereich zwischen Mindesteinkommensgrenze und Bemessungsgrenze liegt. ²Dabei ist für jeden Monat das ermittelte monatliche Einkommen und das jeweils vorhandene zu berücksichtigende Vermögen zu berücksichtigen. ³Soweit das Vermögen nicht verwertet oder aufgebraucht wird, ist es also in jedem Folgemonat in der ursprünglich errechneten Höhe anzusetzen.

DA 106a.44 Minderung des Gesamtkinderzuschlags

(1) ¹Nach § 6a Abs. 4 Satz 3 bis 8 BKGG wird der Gesamtkinderzuschlag um das die Bemessungsgrenze übersteigende zu berücksichtigende elterliche Einkommen und Vermögen gemindert. ²Dabei mindern die Bemessungsgrenze übersteigende Erwerbseinkünfte von monatlich je vollen 10,00 Euro den Gesamtkinderzuschlag stufenweise um 5,00,00 Euro monatlich (bis 30.09.2008: 7 Euro monatlich), andere Einkünfte sowie Vermögen jedoch um 100%.

(2) ¹Der Begriff der Erwerbseinkünfte in § 6a Abs. 4 Satz 5 und 6 BKGG stimmt mit dem Begriff des Einkommens aus Erwerbstätigkeit in § 11 b Abs. 3 bzw. § 30 SGB II a.F. überein⁴.

(3) ¹Erwerbseinkünfte im Sinne von § 6a Abs. 4 Satz 5 und 6 BKGG sind Einkünfte aus einer nichtselbständigen oder selbständigen Tätigkeit. ²Die Tätigkeit muss darauf gerichtet sein, unter Einsatz der Arbeitskraft Erträge zur Bestreitung des Lebensunterhaltes zu erzielen (BVerwG, Urteil vom 21. Juli 1994 –5 C 32/91-, BVerwGE 96, 246). ³Der zeitliche Umfang der Arbeitszeit oder das Bestehen von Sozialversicherungspflicht sind unerheblich. ⁴Erwerbseinkünfte sind auch

- das Arbeitsentgelt aus einer geringfügigen oder kurzfristigen Tätigkeit,
- die Ausbildungsvergütung von Personen in betrieblicher Berufsausbildung,
- das Arbeitsentgelt von Personen, die gemeinnützige Arbeit leisten, sowie
- das Arbeitsentgelt von Personen, die im Arbeitsbereich einer Werkstatt für behinderte Menschen beschäftigt sind.

⁴ beachte Übergangsregelung des § 77 Abs. 3 SGB II

⁵Keine Erwerbseinkünfte sind dagegen Entgeltersatzleistungen wie Arbeitslosengeld oder Krankengeld; sie sind um 100% mindernd zu berücksichtigen.

(4) Kommt eine Minderung des für mehrere Kinder zu zahlenden Kinderzuschlags in Betracht, wird der Gesamtkinderzuschlag gemindert, ohne dass eine Zuordnung des verbleibenden Betrags zu einzelnen Kindern erfolgt.

(5) Wird neben Erwerbseinkünften noch anderes Einkommen erzielt oder ist Vermögen vorhanden, so wird nach § 6a Abs. 4 Satz 5 BKGG davon ausgegangen, dass die Überschreitung durch die Erwerbseinkünfte erfolgt, wenn nicht die Summe der anderen Einkommensteile oder des Vermögens für sich genommen die Bemessungsgrenze übersteigt.

Beispiel

Die allein erziehende Mutter T., 2 Kinder, erhält

Unterhalt	300,00 Euro
zu berücksichtigende Erwerbseinkünfte	400,00 Euro
<hr/>	
zu berücksichtigendes Gesamteinkommen	700,00 Euro

Mit einem Gesamteinkommen von 700,00 Euro liegt Frau T. mit 26,00 Euro über ihrer Bemessungsgrenze von 674,00 Euro (Regelleistung von 374,00 Euro + Wohnkosten in diesem Fall von 300,00 Euro). Kinderzuschlag wird nach § 6a Abs. 4 Satz 6 BKGG um 10,00 Euro (2 x 5,00 Euro) gemindert.

(6) ¹Wenn zwar die Summe der anderen Einkommensteile oder des Vermögens für sich genommen die Bemessungsgrenze übersteigt, aber außerdem noch Erwerbseinkünfte zu berücksichtigen sind, ist der Gesamtkinderzuschlag zuerst um die die Bemessungsgrenze übersteigenden anderen Einkommensteile oder des Vermögens voll zu mindern.

²Anschließend sind die Erwerbseinkünfte anzurechnen.

Beispiel

Das Rentnerehepaar X., 3 Kinder (12, 14, 16 Jahre alt), hat ein monatliches Einkommen von

Rente	1.200,00 Euro
zu berücksichtigende Erwerbseinkünfte	300,00 Euro
zu berücksichtigendes Gesamteinkommen	1.500,00 Euro

Bereits die Rente übersteigt die Bemessungsgrenze des Rentnerehepaares von 1.074,00 Euro (Regelleistung von 674,00 Euro + Wohnkosten in Höhe von 400,00 Euro) um 126,00 Euro. Um diesen Betrag wird der Gesamtkinderzuschlag (3 x 140,00 Euro = 420,00 Euro) gemindert. Der verbleibende Gesamtkinderzuschlag von 294,00 Euro (420,00 Euro – 126,00 Euro) wird wegen der Erwerbseinkünfte nochmals um 150,00 Euro (30 x 5) gemindert. Der zustehende Kinderzuschlag beträgt 144,00 Euro (294,00 Euro – 150,00 Euro).

(7) Soweit der Kinderzuschlag an zwei Berechtigte auszuzahlen ist, ist die Minderung des verbleibenden Gesamtkinderzuschlags entsprechend dem Verhältnis vorzunehmen, das dem Anteil der jeweiligen Kinder am Gesamtkinderzuschlag entspricht (vgl DA 106a.11 Abs. 2 S. 8).

Beispiel

Eine „Patchworkfamilie“, bestehend aus zwei unverheirateten Elternteilen, die je ein eigenes Kind (5 und 8 Jahre alt) haben, beantragt Kinderzuschlag. Das zu berücksichtigende Elterneinkommen beträgt 1.250,00 Euro. Das 8-jährige Kind hat eigenes Einkommen in Höhe von 50,00 Euro. Die Miete beträgt 600,00 Euro.

Die Mindesteinkommensgrenze von 900,00 Euro wird mit dem elterlichen Einkommen erreicht.

Ermittlung des Bedarfs der Familie:

Elternpaar 2 Regelleistung 337 Euro	674,00 Euro
Kind 1 Regelbedarf	251,00 Euro
Kind 2 Regelbedarf	219,00 Euro
KdU	600,00 Euro
Gesamtbedarf	1.744,00 Euro

Ermittlung der Bemessungsgrenze:

2 x Regelleistung 337,00 Euro	674,00 Euro
Miete x 71,15 % (gerundet)	427,00 Euro
Gesamtbedarf der Eltern	1.101,00 Euro

Ermittlung des Gesamtkinderzuschlags:

Kind 1: 140,00 Euro abzüglich 50,00 Euro eigenes Einkommen	90,00 Euro
Kind 2: ungeminderter Kinderzuschlag	140,00 Euro
Gesamtkinderzuschlag	230,00 Euro

Die Höchsteinkommensgrenze beträgt damit 1.331,00 Euro (1.101,00 Euro Bemessungsgrenze zuzüglich Gesamtkinderzuschlag von 230 Euro). Diese wird mit dem zu berücksichtigenden Einkommen nicht überschritten.

Allerdings überschreitet das zu berücksichtigende Einkommen die Bemessungsgrenze um 149,00 Euro.

Der Gesamtkinderzuschlag ist daher wie folgt zu mindern:

Gesamtkinderzuschlag	230,00 Euro
Abzüglich anzurechnendes Elterneinkommen (149,00 Euro : 10 = 14 volle Minderungsstufen x 5)	70,00 Euro
Verbleibender Gesamtkinderzuschlag	160,00 Euro

Da vorliegend jeder Elternteil nur für sein Kind kindergeldberechtigt ist, ist den jeweiligen Berechtigten nur der auf ihr Kind entfallende Teil am Kinderzuschlag auszuführen. Die Minderung des Gesamtkinderzuschlags ist dabei entsprechend der Anteile am Gesamtkinderzuschlag vorzunehmen.

Anteil Kind 1 am Gesamtkinderzuschlag (90,00 Euro von 230,00 Euro = 39%)	39 % = 90,00 Euro
Anteil Kind 2 am Gesamtkinderzuschlag (140,00 Euro von 230,00 Euro = 61%)	61% = 140,00 Euro

Damit ist die Minderung von 70,00 Euro wie folgt vorzunehmen:

Minderung bei Kind 1	39 % von 70,00 Euro = 27,00 Euro (gerundet)
Minderung bei Kind 2	61% von 70,00 Euro = 43,00 Euro (gerundet).

Mit dem zu berücksichtigenden Elterneinkommen von 1250,00 Euro, dem ermittelten Kinderzuschlag von 160,00 Euro und dem zustehenden Kindergeld von 368,00 Euro (insgesamt 1.778,00 Euro) wird der Bedarf der Familie von 1.744,00 Euro gedeckt. Da somit Hilfebedürftigkeit nach dem SGB II vermieden wird, ist Kinderzuschlag zu gewähren.

Für Kind 1 ergibt sich ein Auszahlungsbetrag von 63,00 Euro, für Kind 2 sind 97,00 Euro auszuführen.

DA 106a.5 Erklärung, den Anspruch auf Kinderzuschlag nicht geltend

¹Ein Anspruch auf Kinderzuschlag entfällt, wenn der Berechtigte erklärt, diesen für einen bestimmten Zeitraum wegen eines damit verbundenen Verlustes von anderen höheren Ansprüchen nicht geltend machen zu wollen. ²Diese Erklärung über Nichtgeltendmachung (kein Verzicht nach § 46 SGB I) hat schriftlich zu erfolgen.

³Zurzeit besteht kein Anwendungsfall.

DA 106a.6 Erstattungsansprüche nach §§ 102 ff. SGB X

(1) ¹Die Träger der Grundsicherung haben einen Anspruch auf Erstattung von Kinderzuschlag (§§ 102 ff. SGB X), wenn sie - trotz Nachrangigkeit - entweder dem Berechtigten, ihm zusammen mit seinen Kindern oder den Kindern allein Leistungen erbringen.

²Eine Erstattung von Kinderzuschlag kommt nur in Betracht, soweit die Familienkasse nicht bereits selbst geleistet hat, bevor sie von der Leistung des Trägers der Grundsicherung Kenntnis erlangt hat.

(2) ¹Die Anmeldung eines Erstattungsanspruches durch einen Träger der Grundsicherung ist gleichzeitig als Antrag auf Kinderzuschlag im berechtigten Interesse zu werten.

²Im Hinblick auf die weiteren Regelungen zu Erstattungsansprüchen wird auf die DA 135 SGB X verwiesen.

DA 106a.7 Rücknahme und Aufhebung von Verwaltungsakten, Erstattung überzahlten Kinderzuschlags

(1) Zur Rücknahme und Aufhebung von Verwaltungsakten, Erstattung überzahlten Kinderzuschlags wird grundsätzlich auf die Regelungen in DA 131 bis 134 SGB X verwiesen.

(2) ¹Soweit Kinderzuschlag unter dem Vorbehalt der Rückforderung bewilligt wurde (§ 32 Abs. 1, Alternative 2 SGB X), ist in Fällen in denen sich nach Ablauf des Bewilligungsabschnittes kein oder ein geringerer Kinderzuschlag ergibt, vom Rückforderungsvorbehalt Gebrauch zu machen.

²Die Rechtsvorschrift des § 50 SGB X ist hier nicht einschlägig.

(3) Ein rechtswidriger Verwaltungsakt i. S. von § 44 Abs. 1 SGB X ist nach § 11 Abs. 4 BKGG stets für die Zukunft, d. h. für die Zeit nach Bekanntgabe des Rücknahmebescheides, zurückzunehmen, unabhängig davon, wem die unrichtige Rechtsanwendung oder der unrichtige Sachverhalt zuzurechnen ist.

(4) ¹Auf nach dem 01.08.2006 gestellte Überprüfungsanträge findet § 44 SGB X in Verbindung mit § 11 Abs. 4 BKGG Anwendung. ²Eine Rücknahme der bestandskräftigen fehlerhaften Ablehnung, Aufhebung oder Bewilligung kommt in Betracht, wenn der Antragsteller die fehlerhafte Entscheidung der Familienkasse nicht zu vertreten hat.

³In Fällen, in denen der Antragsteller Unterlagen nicht bzw. nicht vollständig eingereicht oder falsche Angaben gemacht und dadurch die fehlerhafte Entscheidung selbst verursacht hat, ist die Rücknahme der fehlerhaften Entscheidung unter Ausübung des pflichtgemäßen Ermessens für die Vergangenheit abzulehnen.

(5) Für über 18 Jahre alte Kinder wird oft erst rückwirkend festgestellt, ob ein Anspruch auf Kindergeld besteht oder nicht – vergleiche hierzu DA 106a.1 Abs. 6.

DA 106b Leistungen für Bildung und Teilhabe

§ 6b BKGG hat folgenden Wortlaut:

(1) ¹Personen erhalten Leistungen für Bildung und Teilhabe für ein Kind, wenn sie für dieses Kind nach diesem Gesetz oder nach dem X. Abschnitt des Einkommensteuergesetzes Anspruch auf Kindergeld oder Anspruch auf andere Leistungen im Sinne von § 4 haben und wenn

1. das Kind mit ihnen in einem Haushalt lebt und sie für ein Kind Kinderzuschlag nach § 6a beziehen oder
2. im Falle der Bewilligung von Wohngeld sie und das Kind, für das sie Kindergeld beziehen, zu berücksichtigende Haushaltsmitglieder sind.


²Satz 1 gilt entsprechend, wenn das Kind, nicht jedoch die berechnete Person zu berücksichtigendes Haushaltsmitglied im Sinne von Satz 1 Nummer 2 ist und die berechnete Person Leistungen nach dem Zweiten oder Zwölften Buch Sozialgesetzbuch bezieht. ³Wird das Kindergeld nach § 74 Absatz 1 des Einkommensteuergesetzes oder nach § 48 Absatz 1 des Ersten Buches Sozialgesetzbuch ausgezahlt, stehen die Leistungen für Bildung und Teilhabe dem Kind oder der Person zu, die dem Kind Unterhalt gewährt.

(2) ¹Die Leistungen für Bildung und Teilhabe entsprechen den Leistungen zur Deckung der Bedarfe nach § 28 Absatz 2 bis 7 des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch. ²§ 28 Absatz 1 Satz 2 des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch gilt entsprechend. ³Für die Bemessung der Leistungen für die Schülerbeförderung nach § 28 Absatz 4 des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch ist ein Betrag in Höhe der regelbedarfsrelevanten Verbrauchsausgaben nach § 6 des Regelbedarfsermittlungsgesetzes entsprechend zu berücksichtigen. ⁴Für die gemeinschaftliche Mittagverpflegung nach § 28 Absatz 6 des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch wird zur Ermittlung der Mehraufwendungen für jedes Mittagessen ein Betrag in Höhe des in § 9 des Regelbedarfsermittlungsgesetzes festgelegten Eigenanteils berücksichtigt. ⁵Die Leistungen nach Satz 1 gelten nicht als Einkommen oder Vermögen im Sinne dieses Gesetzes. ⁶§ 19 Absatz 3 des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch findet keine Anwendung.

(3) Für die Erbringung der Leistungen für Bildung und Teilhabe gelten die §§ 29 und 40 Absatz 3 des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch entsprechend.

¹Mit der Verkündung des „Gesetzes zur Ermittlung von Regelbedarfen und zur Änderung des Zweiten und Zwölften Buches Sozialgesetzbuch“ am 29.03.2011 im Bundesgesetzblatt wurde das Bildungs- und Teilhabepaket nicht nur für Kinder in der Grundsicherung, sondern auch für Kinder von Eltern, die Wohngeld oder Kinderzuschlag beziehen, rückwirkend zum 1. Januar 2011 eingeführt.

²Bei den Leistungen nach dem Bundeskindergeldgesetz handelt es sich zwar um eine bundesgesetzliche Regelung, deren Ausführung jedoch im Rahmen des



föderativen Aufbaus der Bundesrepublik Deutschland den Bundesländern zugewiesen ist.

³Die Länder führen nach § 7 Abs. 3 BKGG die Leistung als eigene Ausführung aus und nach § 13 Abs. 4 BKGG bestimmen die Landesregierungen oder die von ihnen beauftragten Stellen die für die Durchführung zuständigen Behörden.